

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- * **Verordnung (EWG) Nr. 385/90 des Rates vom 12. Februar 1990 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kaliumpermanganat mit Ursprung in der Tschechoslowakei und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Antidumpingzolls auf diese Einfuhren** 1
- * **Verordnung (EWG) Nr. 386/90 des Rates vom 12. Februar 1990 über die Kontrolle bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für die Erstattungen oder andere Zahlungen geleistet werden** 6
- * **Verordnung (EWG) Nr. 387/90 des Rates vom 12. Februar 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 475/86 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für das System der Kontrolle der Preise und der in Spanien zum freien Verkehr abgefertigten Mengen bei bestimmten Erzeugnissen des Fettsektors** 8
- * **Verordnung (EWG) Nr. 388/90 des Rates vom 12. Februar 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein** 9
- Verordnung (EWG) Nr. 389/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen 10
- Verordnung (EWG) Nr. 390/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden 12
- Verordnung (EWG) Nr. 391/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl sowie der Einfuhrabschöpfungen für andere Erzeugnisse des Olivenölsektors 14
- Verordnung (EWG) Nr. 392/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Beihilfe für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen 17
- Verordnung (EWG) Nr. 393/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Änderung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr von bestimmten Milcherzeugnissen in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren 24

Preis : 12,00 ECU

(Fortsetzung umseitig)

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

Verordnung (EWG) Nr. 394/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse	26
* Verordnung (EWG) Nr. 395/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3389/73 zur Festlegung der Verfahren und Bedingungen für den Verkauf von Tabak aus den Beständen der Interventionsstellen	46
* Verordnung (EWG) Nr. 396/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 mit Abweichungen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 von der Verordnung (EWG) Nr. 1599/84 mit Durchführungsbestimmungen zur Produktionsbeihilferegelung für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse hinsichtlich des Enddatums für den Abschluß von Lieferverträgen und zur Änderung der genannten Verordnung	47
Verordnung (EWG) Nr. 397/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2918/89 über den Verkauf von unverarbeiteten Sultaninen der Ernte 1988 im Besitz der griechischen Einlagerungsstellen zu im voraus festgesetztem Preis	48
Verordnung (EWG) Nr. 398/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten	50
Verordnung (EWG) Nr. 399/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Beihilfe für Baumwolle	54
Verordnung (EWG) Nr. 400/90 der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen	55

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

90/61/EWG :

- * Entscheidung des Rates vom 12. Februar 1990 zur Genehmigung der stillschweigenden Verlängerung oder der Beibehaltung der Bestimmungen von Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsverträgen sowie ähnlichen Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern, deren Gegenstand unter die gemeinsame Handelspolitik fällt
- 59

90/62/EWG :

- * Beschluß des Rates vom 12. Februar 1990 zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen
- 68

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 385/90 DES RATES

vom 12. Februar 1990

zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Kaliumpermanganat mit Ursprung in der Tschechoslowakei und zur endgültigen Vereinnahmung des vorläufigen Antidumpingzolls auf diese Einfuhren

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates vom 11. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 12,

auf Vorschlag der Kommission nach Konsultationen in dem mit der genannten Verordnung eingesetzten Beratenden Ausschuß,

in Erwägung nachstehender Gründe:

A. Vorausgegangenes Verfahren

- (1) Auf einen Antrag des European Council of Chemical Manufacturers' Federations (ECCMF) im Namen eines Gemeinschaftsherstellers, auf den die gesamte Gemeinschaftsproduktion von Kaliumpermanganat entfällt, veröffentlichte die Kommission im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*⁽²⁾ eine Bekanntmachung über die Einleitung eines Antidumpingverfahrens betreffend die Einfuhren von Kaliumpermanganat in die Gemeinschaft des KN-Code ex 2841 60 00 — ab 1. Januar 1988 — (Taric Code: 2841 60 00*10) mit Ursprung in der Tschechoslowakei, in der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik China in die Gemeinschaft und leitete eine Untersuchung ein.
- (2) Nach der Untersuchung, die entsprechend der Verordnung (EWG) Nr. 2495/86 der Kommission⁽³⁾ das Vorliegen von Dumping und einer Schädigung ergab, boten der tschechoslowakische Ausführer Chemapol Foreign Trade Co. Ltd, ein Ausführer in der Volksrepublik China und der Ausführer in der Deutschen Demokratischen Republik Preisverpflichtungen an.

- (3) Der vorgenannte tschechoslowakische Ausführer erteilte in der Preisverpflichtung die Zusage, seinen Ausfuhrpreis um einen Betrag zu erhöhen, der als ausreichend angesehen wurde, um die durch das Dumping verursachte Schädigung zu beseitigen. Diese Verpflichtung wurde von der Kommission mit Beschluß 86/589/EWG⁽⁴⁾ angenommen.

B. Verletzung der Preisverpflichtung und Wiedereröffnung des Verfahrens

- (4) Die Kommission erhielt einen Antrag von dem Antragsteller auf Prüfung der Einhaltung der Preisverpflichtung sowie Beweismittel, aus denen hervorging, daß das von Chemapol ausgeführte Kaliumpermanganat erneut in die Gemeinschaft zu einem sehr niedrigen Preis eingeführt wurde, was darauf schließen ließ, daß die Preisverpflichtung verletzt worden war, und was zu einer bedeutenden Schädigung des Gemeinschaftsherstellers führte. Die Kommission beschloß daraufhin⁽⁵⁾, nach Anhörung des tschechoslowakischen Ausführers, das Antidumpingverfahren gegenüber den Einfuhren von Kaliumpermanganat mit Ursprung in der Tschechoslowakei wieder aufzunehmen.

C. Vorläufige Maßnahmen

- (5) Angesichts der Preisverletzung und der dadurch verursachten Schädigung machte die Kommission ihre Annahme der Preisverpflichtung des tschechoslowakischen Ausführers rückgängig und führte mit der Verordnung (EWG) Nr. 2535/89⁽⁶⁾ einen vorläufigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren der betreffenden Ware mit Ursprung in der Tschechoslowakei ein. Die Geltungsdauer dieses Zolls wurde mit Verordnung (EWG) Nr. 3844/89⁽⁷⁾ um längstens zwei Monate verlängert.

D. Weiteres Verfahren

- (6) Die Kommission unterrichtete offiziell den Ausführer und die bekanntermaßen betroffenen Einführer, die Vertreter des Ausfuhrlandes und den

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 63 vom 18. 3. 1986, S. 5.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 217 vom 5. 8. 1986, S. 12.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 339 vom 2. 12. 1986, S. 32.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. C 216 vom 22. 8. 1989, S. 7.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 245 vom 22. 8. 1989, S. 5.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 374 vom 22. 12. 1989, S. 1.

Gemeinschaftshersteller über die Wiedereröffnung des Verfahrens und gab den betroffenen Parteien Gelegenheit, den ihnen zugesandten Fragebogen zu beantworten, ihren Standpunkt schriftlich darzulegen und eine Anhörung zu beantragen.

- (7) Der Gemeinschaftshersteller und der tschechoslowakische Ausführer sandten der Kommission den Fragebogen ordnungsgemäß ausgefüllt zurück und legten ihren Standpunkt schriftlich dar. Nur vier Einführer beantworteten den Fragebogen der Kommission. Die übrigen Ausführer teilten entweder mit, daß sie von dem Verfahren nicht betroffen wären, oder aber reagierten in den meisten Fällen überhaupt nicht.

Die Antworten, die von dem Ausführer und den Einführern übermittelt wurden, die sich selbst meldeten, betrafen nur einen Teil der in den amtlichen Statistiken der Gemeinschaft erfaßten Einfuhren von Kaliumpermanganat mit Ursprung in der Tschechoslowakei in die Gemeinschaft. Folglich mußten das Dumping und die dadurch verursachte Schädigung gemäß Artikel 7 Absatz 7 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 anhand der verfügbaren Fakten ermittelt werden. Um Lücken in den Einfuhrangaben des Ausführers und der Einführer auszufüllen, wurden insoweit die amtlichen Statistiken herangezogen.

- (8) Auf Antrag wurden der Gemeinschaftshersteller und der tschechoslowakische Ausführer über die wesentlichen Fakten und Erwägungen unterrichtet, aus denen heraus beabsichtigt wurde, die Einführung eines endgültigen Zolls und die endgültige Vereinnahmung der als Sicherheit für den vorläufigen Zoll hinterlegten Beträge zu empfehlen. Dem tschechoslowakischen Ausführer wurde ferner eine Frist zugestanden, innerhalb der er Sachäußerungen vorbringen konnte. Die Stellungnahmen des Gemeinschaftsherstellers und des tschechoslowakischen Ausführers wurden berücksichtigt, bevor die Kommission endgültige Schlußfolgerungen zog.

- (9) Die Kommission holte alle für die Sachaufklärung erforderlichen Informationen ein, prüfte sie nach und führte Untersuchungen in den Betrieben folgender Unternehmen durch:

a) *Gemeinschaftshersteller:*

— Industrial Quimica del Nalón S. A., Oviedo, Spanien;

b) *Hersteller in dem Bezugsland:*

— Carus Chemical Company, Ottawa, Illinois, USA;

c) *Einführer in der Gemeinschaft:*

— Hachemie — Hamburger Chemische GmbH, Hamburg, Bundesrepublik Deutschland,

— Grillo Chemikalien GmbH, Duisburg-Hamborn, Bundesrepublik Deutschland.

- (10) Die Dumpinguntersuchung umfaßte den Zeitraum vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989.

E. Ware

I. Beschreibung der Ware

- (11) Bei der untersuchten Ware handelt es sich um Kaliumpermanganat, das bei Zimmertemperatur als feste rhombische Kristalle mit einem dunkelvioletten Metallschimmer erscheint. Kaliumpermanganat ist eine Verbindung von Mangan, Kalium und Sauerstoff und erfordert zur Herstellung feingemahlene Braunstein und Kalilauge. In einem Zweistufenprozeß wird aus diesen Stoffen durch Oxidation zunächst Kaliumpermanganat und dann Kaliumpermanganat hergestellt.
- (12) Angeboten werden hauptsächlich technisches, freifließendes und pharmazeutisches Kaliumpermanganat. Freifließendes und technisches Kaliumpermanganat sind bei allen Verwendungen austauschbar.

II. Gleichartige Ware

- (13) Die Kommission stellte fest, daß das in der Gemeinschaft hergestellte Kaliumpermanganat und das aus der Tschechoslowakei ausgeführte Kaliumpermanganat nach allen wesentlichen materiellen und technischen Eigenschaften gleichartige Waren sind. Sie prüfte ferner, daß keine derartigen Unterschiede zwischen der in der Tschechoslowakei hergestellten Ware und der Ware in den USA bestanden, die als Vergleichsland gewählt worden waren (siehe Randnummern 15 und 16).
- (14) Der Rat kommt zu dem Schluß, daß das aus der Tschechoslowakei eingeführte Kaliumpermanganat und das in der Gemeinschaft und den USA hergestellte Kaliumpermanganat gleichartige Waren sind.

F. Dumping

- (15) Bei der Prüfung der Frage, ob die Einfuhren aus der Tschechoslowakei gedumpte waren, mußte die Kommission die Tatsache berücksichtigen, daß die Tschechoslowakei nicht zu den Marktwirtschaftsländern gehört, und mußte daher ihre Berechnungen auf den Normalwert der Ware in einem Marktwirtschaftsland stützen. Zu diesem Zweck hatte der Antragsteller als Vergleichsland die Vereinigten Staaten vorgeschlagen. Da auch in dem vorausgegangenen Verfahren die Vereinigten Staaten als Vergleichsland gewählt worden waren, nahm die Kommission den Vorschlag des Antragstellers an und vertrat die Auffassung, daß bei dem Vergleich erneut der Verkaufspreis der Ware auf dem US-Markt zugrunde gelegt werden sollte. Der tschechoslowakische Ausführer erhob gegen diese Wahl keine Einwände.
- (16) Die Kommission stellte fest, daß in den Vereinigten Staaten keine Preiskontrollen bestehen und daß ein ausreichender Wettbewerb infolge erheblicher Einfuhren aus Drittländern herrscht; ferner wurde festgestellt, daß die Inlandspreise des US-Herstellers in einem vernünftigen Verhältnis zu den Produktionskosten stehen und einen angemessenen Gewinn ermöglichen. Der Rat bestätigt daher die Wahl der Kommission, was die Grundlage für die Bestimmung des Normalwertes anbe trifft.

- (17) Der Normalwert wurde anhand der vergleichbaren Preise ermittelt, die im normalen Handelsverkehr für die gleichartige Ware auf dem US-Markt tatsächlich gezahlt wurden oder zu zahlen waren.
- (18) Bei der Berechnung des Normalwertes wurden die Verkäufe auf dem amerikanischen Markt herangezogen, die an unabhängige Abnehmer auf einer vergleichbaren Handelsstufe wie die Exportverkäufe mit Gewinn und in erheblichen Mengen getätigt wurden. Der gewogene Durchschnitt der Preise dieser Verkäufe wurde sodann als repräsentativ für die Verkäufe auf dem amerikanischen Inlandsmarkt angesehen.
- (19) Die Ausführpreise wurden in der Regel anhand der tatsächlich gezahlten oder zu zahlenden Preise der zur Ausfuhr nach der Gemeinschaft verkauften Ware ermittelt. Im Falle von 24 % der berücksichtigten Ausfuhren stützten sich die Ausführpreise jedoch aus den unter Randnummer 7 genannten Gründen auf die gebührend berichtigten amtlichen Statistiken der Gemeinschaft.
- (20) Bei dem Vergleich des Normalwertes mit den Ausführpreisen berücksichtigte die Kommission, soweit angemessen und soweit entsprechende Beweismittel vorlagen, die Vergleichbarkeit der Preise beeinflussende Unterschiede, insbesondere Unterschiede bei den Mengen, den Liefer- und Zahlungsbedingungen und den sonstigen Verkaufskosten. Alle Vergleiche wurden auf der Stufe ab Werk vorgenommen.
- (21) Diese Vergleiche zeigten, daß die Ausfuhren nach der Gemeinschaft während des Untersuchungszeitraums gedumpte waren. Die Dumpingspannen, die cif Gemeinschaftsgrenze, unverzollt, anhand der Barzahlungsbedingungen berechnet worden waren, waren je nach Ausfuhrgeschäft und Einfuhrmitgliedstaat unterschiedlich hoch und betragen im Durchschnitt 19,6 %. Der Rat bestätigt diese endgültige Dumpingspanne.
- (22) Aus den der Kommission vorliegenden Beweismitteln geht hervor, daß die Einfuhren von Kaliumpermanganat mit Ursprung in der Tschechoslowakei in die Gemeinschaft trotz der bestehenden Preisverpflichtung von 131 Tonnen 1987 auf 384 Tonnen 1988 angestiegen waren und auf extrapolierte Jahresbasis 1989 166 Tonnen erreichen. Dementsprechend erhöhte sich der Marktanteil des Ausfuhrlandes in der Gemeinschaft von 3,3 % 1987 auf 11,4 % 1988 und erreichte 6,6 % im ersten Halbjahr 1989. Diese Einfuhren konzentrierten sich auf die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, für die allein 94 % der Einfuhren aus der Tschechoslowakei in die Gemeinschaft seit 1987 bestimmt waren.
- (23) Was die Preise der betreffenden Einfuhren anbelangt, so waren sie so niedrig, daß der Gemeinschaftshersteller die Ware auf dem Gemeinschaftsmarkt zu Preisen verkaufen mußte, die weder die durchschnittlichen Produktionskosten des Gemeinschaftsherstellers in den Gemeinschaftsländern, auf die sich die Einfuhren konzentrierten, deckten, noch in den übrigen Gemeinschaftsländern einen angemessenen Gewinn erlaubten. Die Preise der eingeführten Ware hinderten den Gemeinschaftshersteller nicht nur daran, seine Preise zu erhöhen, was normalerweise der Fall gewesen wäre, sondern zwangen ihn zu einer Senkung seiner Preise, um Umsatz und Marktanteil zu wahren.
- (24) Bei der Beurteilung der Auswirkungen der Einfuhren auf die Situation des Gemeinschaftsherstellers waren folgende Faktoren zu berücksichtigen:
- a) Die bedeutende Schädigung, die dem Gemeinschaftshersteller durch die Einfuhren aus der Tschechoslowakei bis Ende 1986 verursacht worden war, wurde zunächst durch die Preisverpflichtung des tschechoslowakischen Ausführers verringert.
In der Folge jedoch wurde Kaliumpermanganat mit Ursprung in diesem Land in der Gemeinschaft zu Preisen in den Verkehr gebracht, die eindeutig unter dem vereinbarten Preis lagen. Folglich dauerte die Erholung des Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft nicht lange an. Die Kapazitätsauslastung des Gemeinschaftsherstellers hielt sich im Durchschnitt während der letzten drei Jahre auf dem sehr niedrigen Stand von 33 %. Hinzu kommt, daß die Bestände wuchsen und im Juni 1989 mit 1 200 Tonnen dem Umsatz eines Jahres entsprachen.
 - b) Die Verkäufe des Gemeinschaftsherstellers an Kaliumpermanganat in der Gemeinschaft fielen von 1 209 Tonnen 1987 auf 713 Tonnen 1988 und auf 402 Tonnen 1989 extrapoliert auf Jahresbasis. Vergleicht man diese Absatzentwicklung mit dem Verbrauch in der Gemeinschaft, so verringerte sich der Marktanteil des Gemeinschaftsherstellers von 25,9 % 1987 auf 21,2 % 1988 und 16 % während des ersten Halbjahrs 1989.
 - c) Der durch die Einfuhrpreise hervorgerufene Preisdruck und Preisverfall in der Gemeinschaft führte zu immer höheren Verlusten des Gemeinschaftsherstellers, der sich nach wie vor in einer sehr schwierigen finanziellen Situation befindet.
 - d) Trotz der anhaltenden Produktionsstilllegungen in dem Betrieb des Gemeinschaftsherstellers wurde keiner der 33 Beschäftigten in der Kaliumpermanganatherstellung bisher entlassen, sondern vielmehr in andere Abteilungen des Unternehmens versetzt. Sollte sich jedoch die finanzielle Situation in der Kaliumpermanganatherstellung weiter verschlechtern und nicht in

G. Schädigung

- (22) Aus den der Kommission vorliegenden Beweismitteln geht hervor, daß die Einfuhren von Kaliumpermanganat mit Ursprung in der Tschechoslowakei in die Gemeinschaft trotz der bestehenden Preisverpflichtung von 131 Tonnen 1987 auf 384 Tonnen 1988 angestiegen waren und auf extrapolierte Jahresbasis 1989 166 Tonnen erreichen. Dementsprechend erhöhte sich der Marktanteil des Ausfuhrlandes in der Gemeinschaft von 3,3 % 1987 auf 11,4 % 1988 und erreichte 6,6 % im ersten Halbjahr 1989. Diese Einfuhren konzentrierten sich auf die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, für die allein 94 % der Einfuhren aus der Tschechoslowakei in die Gemeinschaft seit 1987 bestimmt waren.

allernächster Zeit verbessern, wäre die weitere Beschäftigung dieses Personals gefährdet.

- (25) Wie die Entwicklung der vorgenannten einschlägigen Wirtschaftsfaktoren zeigt, wurde die Situation des Gemeinschaftsherstellers nachteilig beeinflusst. Ein Beweis dafür sind vor allem die Gewinneinbußen und die Verluste an Marktanteil und Umsatz. Dementsprechend wird der Schluß gezogen, daß dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft eine bedeutende Schädigung verursacht wird. Der Rat bestätigt diese Schlußfolgerung.
- (26) Bei den gedumpte Einfuhren aus der Tschechoslowakei besteht eine eindeutige Parallelität und Gleichzeitigkeit zwischen ihrem volumenmäßigen Anstieg und den Einbußen des Gemeinschaftsherstellers an Marktanteil und Rentabilität. Da Kaliumpermanganat ein preisempfindliches Produkt ist, hatte die Senkung der Preise der aus der Tschechoslowakei eingeführten Waren im Zuge der Verletzung der Preisverpflichtung unmittelbare Folgen für den Gemeinschaftshersteller, wie unter Randnummer 23 dargelegt. Die Erhöhung des Anteils der Einfuhren aus der Tschechoslowakei am Gemeinschaftsmarkt deckte sich bis zu einem gewissen Maße mit der Verringerung des Marktanteils des Gemeinschaftsherstellers.
- (27) Die Kommission prüfte, ob die Schädigung durch andere Faktoren wie Veränderungen in der Nachfrage, rückläufige Ausfuhren des Gemeinschaftsherstellers nach Drittländern oder zunehmende Einfuhren aus anderen nicht von den Antidumpingmaßnahmen betroffenen Ländern verursacht worden waren.

Der Verbrauch an Kaliumpermanganat verringerte sich in der Gemeinschaft um nahezu 40 %, wenn man den Verbrauch während des ersten Halbjahres 1989 — extrapoliert auf Jahresbasis — mit dem von 1987 vergleicht. Diese Verbrauchsentwicklung konnte den Umsatzrückgang des Gemeinschaftsherstellers, nicht aber seinen rückläufigen Marktanteil erklären. Während die Einfuhren aus der Tschechoslowakei in dieser Zeit um nahezu 27 % zunahm, verringerte sich der Absatz des Gemeinschaftsherstellers auf dem Gemeinschaftsmarkt eindeutig schneller als der Gemeinschaftsverbrauch. Dementsprechend gingen auch sein Marktanteil und seine Rentabilität in der Gemeinschaft um 38 % bzw. 50 % zurück.

Die Ausfuhren des Gemeinschaftsherstellers nach Drittländern, insbesondere in die Vereinigten Staaten, hielten sich volumen- und wertmäßig seit 1987 etwa auf dem gleichen Niveau und konnten folglich nicht die Gewinneinbußen des Gemeinschaftsherstellers erklären.

Die Einfuhren, die weder Gegenstand von Antidumpingmaßnahmen noch von Untersuchungen sind, stiegen seit 1987 rascher als der Gemeinschaftsverbrauch und erreichten im ersten Halbjahr 1989 einen Anteil am Gemeinschaftsmarkt von 54 %. Mehr als 90 % dieses Marktanteils entfällt auf die Einfuhren aus den Vereinigten Staaten,

Taiwan und Hongkong. Insbesondere die Einfuhren aus den USA wurden zu weit höheren Preisen getätigt als die Einfuhren aus der Tschechoslowakei, und es liegen keinerlei Beweismittel für Dumpingpraktiken vor.

Die Einfuhren aus Taiwan und Hongkong wurden aus diesem Verfahren ausgeschlossen, bis die Ergebnisse der zur Zeit laufenden Untersuchung der Kommission über den Ursprung dieser Einfuhren vorliegen. Einiges deutet darauf hin, daß das Kaliumpermanganat wahrscheinlich nicht in diesen Ländern hergestellt worden ist, und daß diese Einfuhren ihren Ursprung in Ländern haben könnten, für die Antidumpingmaßnahmen gelten.

Abgesehen davon kann die Schädigung auch durch Einfuhren mit Ursprung in Ländern hervorgerufen worden sein, die nicht von diesem Verfahren betroffen sind. Diese Einfuhren würden jedoch nur zum Teil zu der festgestellten bedeutenden Schädigung beigetragen haben und die schädigungsverursachenden Auswirkungen der gedumpte Einfuhren mit Ursprung in der Tschechoslowakei nicht beeinflussen (siehe Randnummer 26).

Unter diesen Umständen läßt sich der Schluß ziehen, daß die gedumpte Einfuhren, die unter Verletzung der Preisverpflichtung aus der Tschechoslowakei eingeführt wurden, dem Wirtschaftszweig der Gemeinschaft einen eindeutigen erheblichen Schaden verursacht haben.

H. Interesse der Gemeinschaft

- (28) Werden keine Maßnahmen zur Beseitigung der schädigungsverursachenden Auswirkungen der gedumpte Einfuhren mit Ursprung in der Tschechoslowakei getroffen, so würde angesichts der ernsthaften Schwierigkeiten des betroffenen Gemeinschaftsherstellers das Überleben dieses Wirtschaftszweigs in Frage gestellt — mit den entsprechenden nachteiligen Folgen für die Beschäftigung. Angesichts der vielfältigen Verwendungen von Kaliumpermanganat im Umweltschutz, der Landwirtschaft und anderen, zuweilen sehr wichtigen Bereichen ist es für die Gemeinschaft wichtig, daß der einzig verbleibende Gemeinschaftshersteller weiter besteht. Zudem würden sich die geplanten Maßnahmen kaum auf die Preise der Abnehmer in der Gemeinschaft auswirken, soweit es sich um Endprodukte handelt, zu deren Herstellung Kaliumpermanganat verwendet worden ist.
- (29) Der tschechoslowakische Ausführer wurde über die wichtigsten Fakten und Erwägungen unterrichtet, aus denen heraus beabsichtigt wurde, die Einführung eines endgültigen Zolls zu empfehlen. Er bot daraufhin an, die vorausgegangene Preisverpflichtung aufrechtzuerhalten. Da diese Preisverpflichtung jedoch verletzt worden ist, würde eine Erneuerung dem Gemeinschaftshersteller keinen ausreichenden und zuverlässigen Schutz bieten und Ausführer der betreffenden Ware in anderen Drittländern diskriminieren, die ihre Preisverpflichtungen einhalten.

Der Rat kam daher zu dem Schluß, daß im Interesse der Gemeinschaft Maßnahmen zur Beseitigung der Schädigung des unmittelbar betroffenen Wirtschaftszweigs der Gemeinschaft in Form eines endgültigen Antidumpingzolls getroffen werden sollten.

I. Zollsatz

- (30) Die Kommission berücksichtigte für die betreffenden Einfuhren einerseits den ab-Werk-Preis, der zur Sicherung eines angemessenen Gewinns des Gemeinschaftsherstellers notwendig ist, und andererseits den cif-Preis frei Grenze der Gemeinschaft, unverzollt, und setzte dementsprechend den zur Beseitigung der Schädigung erforderlichen Zoll auf 25,4 % fest. Die Beseitigung der Schädigung über eine Anhebung der Einfuhrpreise bis zur Höhe dieser Schadensschwelle würde jedoch zur Folge haben, daß die während der Dumpinguntersuchung festgestellte Dumpingspanne überschritten wird. Folglich kann die Schädigung nur bis zur Höhe der Dumpingspanne von 19,6 % beseitigt werden (siehe Randnummer 21). Da aber die vorausgegangene Preisverpflichtung verletzt worden ist und ein stärkeres Dumping wie auch eine stärkere Schädigung infolge eines weiteren Rückgangs der Ausführpreise vermieden werden sollen, wird die Auffassung vertreten, daß die geeignetste Form des Zolls ein variabler Zoll wäre. Der Rat kommt daher zu dem Schluß, daß die Schädigung bis zur Höhe der festgestellten Dumpingspanne beseitigt werden und daß der Betrag des endgültigen Zolls der Differenz zwischen dem Nettopreis je Kilogramm frei Grenze der Gemeinschaft, unverzollt, und dem Betrag von 2,20 ECU entsprechen sollte.

J. Vereinnahmung des vorläufigen Zolls

- (31) Aus den Gründen unter den Randnummern 15 bis 27 ist der Rat ferner der Auffassung, daß die Beträge, die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2535/89 als Sicherheit für den vorläufigen Antidumpingzoll hinterlegt wurden, bis zur Höhe des

endgültigen Zolls endgültig vereinnahmt werden. Dementsprechend werden die vereinnahmten oder als Sicherheit hinterlegten vorläufigen Antidumpingzölle für Kaliumpermanganat, auf das kein endgültiger Antidumpingzoll erhoben wird, freigegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Auf die Einfuhren von Kaliumpermanganat des KN-Code ex 2841 60 00 mit Ursprung in der Tschechoslowakei wird ein endgültiger Antidumpingzoll eingeführt.

(2) Die Höhe des Zolls entspricht der Differenz zwischen dem Nettopreis je Kilogramm frei Grenze der Gemeinschaft, unverzollt, und dem Betrag von 2,20 ECU.

Diese Preise frei Grenze der Gemeinschaft, unverzollt, gelten als Nettopreise, wenn nach den tatsächlichen Zahlungsbedingungen die Zahlung innerhalb von dreißig Tagen nach dem Zeitpunkt des Versands zu erfolgen hat; sie werden um 1 % je Monat verringert, um den das Zahlungsziel tatsächlich verlängert wird.

(3) Für die Anwendung des Zolls sind die geltenden Zollbestimmungen maßgebend.

Artikel 2

Die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 2535/89 als Sicherheit für den vorläufigen Antidumpingzoll hinterlegten Beträge werden bis zur Höhe des endgültigen Zolls endgültig vereinnahmt.

Die vereinnahmten oder als Sicherheit hinterlegten Beträge für Einfuhren, für die kein endgültiger Antidumpingzoll eingeführt wird, werden freigegeben.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 12. Februar 1990.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. REYNOLDS

VERORDNUNG (EWG) Nr. 386/90 DES RATES

vom 12. Februar 1990

über die Kontrolle bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für die Erstattungen oder andere Zahlungen geleistet werden

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 43,

auf Vorschlag der Kommission⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 729/70 des Rates vom 21. April 1970 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2048/88⁽⁴⁾, treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen, um sich zu vergewissern, daß die durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) finanzierten Maßnahmen tatsächlich und ordnungsgemäß durchgeführt worden sind, um Unregelmäßigkeiten zu verhindern und zu ahnden sowie die infolge von Unregelmäßigkeiten oder Versäumnissen abgeflossenen Beträge wiedereinzuziehen.

In seinem Sonderbericht über das System zur Zahlung der Ausfuhrerstattungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse⁽⁵⁾, sowie in seinem Jahresbericht zum Haushaltsjahr 1987⁽⁶⁾ hat der Rechnungshof bei einigen Mitgliedstaaten Unzulänglichkeiten bei der Kontrolle der Zahlung der Erstattungen oder sonstigen Beträge festgestellt.

Eine Kombination von Kontrollen der Waren und der Buchführung bietet grundsätzlich die besten Garantien und verursacht gegenüber dem für die Gemeinschaftsfinanzen zu erwartenden Nutzen weder zu große Zwänge für die Wirtschaft noch zu hohe Kosten für die Verwaltung.

Im Interesse einer Verbesserung und Harmonisierung der von den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen erscheint die Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung erforderlich.

Eine solche Kontrollregelung muß auf Warenstichproben bei der Ausfuhr, auch im Rahmen des vereinfachten Verfahrens, und auf die Überprüfung der Zahlungsanträge durch die Zahlstellen gestützt sein. Die nachträglichen Buchprüfungen bei den betreffenden Unternehmen durch die zuständigen Stellen sind in der Verordnung (EWG) Nr. 4045/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für

die Landwirtschaft, Abteilung Garantie, sind, und zur Aufhebung der Richtlinie 77/435/EWG⁽⁷⁾ geregelt.

Die Häufigkeit der Warenkontrollen und gegebenenfalls des Einsatzes von Testlabors muß angesichts des Anteils der Agrarerstattungen am Gemeinschaftshaushalt erhöht werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Diese Verordnung regelt die Kontrollen, die erforderlich sind, um festzustellen, ob die Vorgänge, die zur Zahlung der Ausfuhrerstattungen und anderen Beträge im Zusammenhang mit der Ausfuhr berechtigen, tatsächlich stattgefunden haben und ob sie vorschriftsgemäß durchgeführt worden sind.

(2) Waren im Sinne dieser Verordnung sind Erzeugnisse, für die aufgrund von Gemeinschaftsbestimmungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik Zahlungen nach Absatz 1 gewährt werden.

Artikel 2

Die Mitgliedstaaten nehmen folgende Kontrollen vor :

- a) Warenkontrolle gemäß Artikel 3 bei Erfüllung der Ausfuhrzollförmlichkeiten und vor Überlassung zur Ausfuhr anhand der Unterlagen der Ausfuhranmeldung und
- b) Überprüfung der Unterlagen der Zahlungsanträge gemäß Artikel 4.

Artikel 3

(1) Unbeschadet besonderer Vorschriften, nach denen eine weitergehende Kontrolle erforderlich ist,

- a) erfolgt die Warenkontrolle nach Artikel 2 Buchstabe a) durch häufige, unangemeldete Stichproben ;
- b) müssen die Warenstichproben in jedem Fall eine repräsentative Auswahl von mindestens 5 v. H. der Ausfuhranmeldungen umfassen, bei denen die Gewährung von Beträgen nach Artikel 1 Absatz 1 beantragt wurde.

(2) Nach Maßgabe der nach dem Verfahren des Artikels 6 festzulegenden Bestimmungen gilt der in Absatz 1 Buchstabe b) genannte Kontrollsatz

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 29 vom 6. 2. 1987, S. 5.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 190 vom 20. 7. 1987, S. 144.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 13.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 185 vom 15. 7. 1988, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. C 215 vom 26. 8. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. C 316 vom 12. 12. 1988, S. 68.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 388 vom 30. 12. 1989, S. 18.

- je Zollstelle,
- je Kalenderjahr und
- je Erzeugnissektor.

Nach demselben Verfahren kann für bestimmte Fälle für eine begrenzte Zeit ausnahmsweise ein höherer Kontrollsatz als 5 v. H. festgesetzt werden, wenn eine erhöhte Betrugsgefahr objektiv festgestellt wurde.

In diesem Fall gilt der in Absatz 1 Buchstabe b) genannte Kontrollsatz für eine Zollstelle als eingehalten, wenn dort ein Kontrollsatz von mindestens 5 v. H. für alle Erzeugnissektoren zusammen in dem Kalenderjahr unter Einbeziehung der in den bestimmten Fällen durchgeführten Kontrollen erreicht wurde.

(3) Läßt sich die Übereinstimmung der Ware mit ihrer Bezeichnung im Erstattungsverzeichnis bei der Sichtkontrolle nicht feststellen und erfordert ihre Klassifizierung oder Qualität eine sehr genaue Kenntnis der Warenbestandteile, so überprüfen die Zollbehörden die Warenbezeichnung je nach Art der Ware mit Hilfe anderer Sinnesorgane oder physisch, gegebenenfalls auch durch Analysen in hierfür besonders ausgerüsteten Laboratorien.

(4) Die Kontrolle nach diesem Artikel erfolgt unbeschadet der Maßnahmen, welche die Zollbehörden treffen, damit die Waren das Zollgebiet im gleichen Zustand wie zum Zeitpunkt der Überlassung zur Ausfuhr verlassen.

Artikel 4

Die Erstattungsstellen überprüfen sämtliche für die betreffende Zahlung maßgebenden Teile der Zahlungsanträge anhand der zugehörigen Unterlagen und anderer vorliegender Informationen, insbesondere anhand der Ausfuhrpapiere und der Vermerke der Zollstellen.

Artikel 5

Die Mitgliedstaaten sorgen für die Koordinierung der bei ein und demselben Unternehmen stattfindenden

Kontrollen, die die Nachprüfungen gemäß Artikel 3 und 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4045/89 miteinander verbinden.

Diese koordinierten Kontrollen erfolgen auf Veranlassung oder Antrag der Kommissionsdienststellen oder der Zollstellen, welche die Warenkontrolle durchführen, oder der zuständigen Stellen, welche die Zahlungsanträge überprüfen oder die nachträgliche Buchprüfung vornehmen.

Artikel 6

Die Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung werden nach dem Verfahren des Artikels 26 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75⁽¹⁾ bzw. des entsprechenden Artikels der anderen Verordnungen über gemeinsame Marktorganisationen erlassen.

Sie können insbesondere folgendes betreffen :

- Berechnung des in Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) genannten Mindestkontrollsatzes und Einzelbestimmungen und/oder Ausnahmen hierzu bei besonderen Situationen ;
- die Waren, bei denen nach Artikel 3 Absatz 3 eine Analyse vorzunehmen ist ;
- Abstimmung der Kontrollen zwischen den zuständigen Dienststellen der Mitgliedstaaten und der Kommission.

Artikel 7

(1) Nach dem Verfahren des Artikels 6 werden Übergangsmaßnahmen zu Artikel 3 Absätze 1 und 2 erlassen.

(2) Die Kommission legt dem Rat vor dem 1. Januar 1992 einen Bericht über den Stand der Anwendung dieser Verordnung vor und schlägt anhand der gewonnenen Erfahrungen gegebenenfalls Änderungen der in dieser Verordnung festgelegten Kontrollregelung vor.

Artikel 8

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 12. Februar 1990.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. WALSH

(¹) ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 387/90 DES RATES

vom 12. Februar 1990

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 475/86 zur Festlegung der allgemeinen Regeln für das System der Kontrolle der Preise und der in Spanien zum freien Verkehr abgefertigten Mengen bei bestimmten Erzeugnissen des Fettsektors

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals, insbesondere auf Artikel 89 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1594/83 des Rates vom 14. Juni 1983 über die Beihilfe für Ölsaaten⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2180/88⁽²⁾, wird die in Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2902/89⁽⁴⁾, vorgesehene Beihilfe für Raps- und Rübsensamen sowie Sonnenblumenkerne gewährt, die in der Gemeinschaft zur Beimischung in Futtermittel verarbeitet werden. Diese Beihilfe wird gemäß Artikel 95 der Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften berechnet; sie ist jedoch nach der nunmehrigen Erfahrung nicht hoch genug, um in Spanien die Beimischung dieser Ölsaaten zu Futtermitteln zu ermöglichen. Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 475/86⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 198/90⁽⁶⁾, sieht die Erstellung einer vorläufigen Versorgungsbilanz für den spanischen Markt vor. Nach Artikel 14 derselben Verordnung wird für Raps- und Rübsensamen sowie Sonnenblumenkerne, die zur Herstellung von für die Ausfuhr bestimmtem Öl oder von der Nahrungsmittelindustrie

verwendet werden, eine Ausgleichsbeihilfe für eine Menge gewährt, die den positiven Saldo, der sich gegebenenfalls bei der Erstellung dieser vorläufigen Versorgungsbilanz ergibt, nicht überschreitet. Damit es innerhalb derselben Begrenzung möglich ist, in Spanien erzeugte Sonnenblumenkerne Futtermitteln beizumischen, sollten eine Sonderbeihilfe gewährt und die Bestandteile bestimmt werden, die bei ihrer Berechnung zu berücksichtigen sind —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

In Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 475/86 wird folgender Absatz angefügt :

„(3) Innerhalb der in Absatz 1 genannten Begrenzung wird für Sonnenblumenkerne, die Futtermitteln beigemischt werden, eine Sonderbeihilfe gleich dem Unterschied zwischen dem in Spanien für diese Saaten geltenden Richtpreis und deren Weltmarktpreis gewährt; sie wird berichtigt, um der Zollinzidenz sowie dem Abstand zwischen dem Binnemarkt- und dem Weltmarktpreis konkurrierender Erzeugnisse Rechnung zu tragen. Der Beihilfebetrug wird von der Kommission in regelmäßigen Abständen festgesetzt.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 1. August 1990.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 12. Februar 1990.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. WALSH

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 163 vom 22. 6. 1983, S. 44.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 191 vom 22. 7. 1988, S. 11.

⁽³⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 280 vom 29. 9. 1989, S. 2.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 53 vom 1. 3. 1986, S. 47.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1990, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 388/90 DES RATES

vom 12. Februar 1990

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 822/87 über die gemeinsame Marktorganisation für Wein

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 822/87 des Rates
vom 16. März 1987 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Wein ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1236/89 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 39 Absatz
10 Unterabsatz 2,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Anhaltende Schwierigkeiten in Griechenland bei der
Anwendung des Artikels 39 der Verordnung (EWG) Nr.
822/87 rechtfertigen es, die Ausnahmeregelung, wonach
die obligatorische Destillation dort nach besonderen
Bestimmungen erfolgen kann, für ein weiteres Wirt-
schaftsjahr zu verlängern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Artikel 39 Absatz 10 der Verordnung (EWG) Nr. 822/87
erhält folgende Fassung :„(10) Abweichend von diesem Artikel kann in den
Wirtschaftsjahren 1985/86, 1986/87, 1987/88, 1988/89
und 1989/90 in Griechenland die obligatorische
Destillation nach besonderen Bestimmungen vorge-
nommen werden, bei denen die in diesem Land fest-
gestellten Schwierigkeiten vor allem hinsichtlich der
Feststellung der Hektarerträge berücksichtigt werden.
Diese Bestimmungen werden nach dem Verfahren des
Artikels 83 erlassen.“*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Ver-
öffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemein-
schaften* in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 12. Februar 1990.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

J. WALSH

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 84 vom 27. 3. 1987, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 128 vom 11. 5. 1989, S. 31.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 389/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren EinfuhrabschöpfungenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 201/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1915/89 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in
Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-

nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtig-
ungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der
sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in
Höhe jeder dieser Währungen stützt und während
eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der
Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedan-
kenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeff-
izienten festgestellt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 14. Februar 1990 festge-
stellten Kurse.Der vorgenannte Berichtigungsfaktor bezieht sich auf alle
Berechnungselemente der Abschöpfung, einschließlich
der Äquivalenzkoeffizienten.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
1915/89 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen
Angebotspreise und Notierungen, von denen die
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeug-
nisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang
festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990.

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1990, S. 7.⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 187 vom 1. 7. 1989, S. 1.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungen	
	Portugal	Drittländer
0709 90 60	34,06	134,70 ⁽²⁾ ⁽³⁾
0712 90 19	34,06	134,70 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1001 10 10	41,81	181,79 ⁽¹⁾ ⁽³⁾
1001 10 90	41,81	181,79 ⁽¹⁾ ⁽³⁾
1001 90 91	34,84	142,14
1001 90 99	34,84	142,14
1002 00 00	59,97	127,99 ⁽⁶⁾
1003 00 10	51,14	115,69
1003 00 90	51,14	115,69
1004 00 10	42,54	123,00
1004 00 90	42,54	123,00
1005 10 90	34,06	134,70 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1005 90 00	34,06	134,70 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1007 00 90	51,14	140,08 ⁽⁴⁾
1008 10 00	51,14	30,01
1008 20 00	51,14	84,05 ⁽⁴⁾
1008 30 00	51,14	0,00 ⁽⁷⁾
1008 90 10	(7)	(7)
1008 90 90	51,14	0,00
1101 00 00	62,80	213,02
1102 10 00	97,98	194,12
1103 11 10	79,49	296,46
1103 11 90	66,72	229,41

(¹) Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

(²) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 486/85 werden keine Abschöpfungen unmittelbar bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in die französischen überseeischen Departements erhoben.

(³) Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

(⁴) Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 50 % verringert.

(⁵) Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

(⁶) Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10) und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22) bestimmt.

(⁷) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Code 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 390/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 201/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 1916/89 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser

Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und während eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedankenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeffizienten festgestellt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 14. Februar 1990 festgestellten Kurse.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus Portugal hinzuzufügen sind, sind auf Null festgesetzt.

(2) Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus Drittländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1990, S. 7.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 187 vom 1. 7. 1989, S. 4.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.
	2	3	4	5
0709 90 60	0	0	0	0
0712 90 19	0	0	0	0
1001 10 10	0	0	0	3,95
1001 10 90	0	0	0	3,95
1001 90 91	0	0	0	0
1001 90 99	0	0	0	0
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	4,30
1003 00 90	0	0	0	4,30
1004 00 10	0	0	0	0
1004 00 90	0	0	0	0
1005 10 90	0	0	0	0
1005 90 00	0	0	0	0
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	0	0

B. Malz

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.	4. Term.
	2	3	4	5	6
1107 10 11	0	0	0	0	0
1107 10 19	0	0	0	0	0
1107 10 91	0	0	0	7,65	7,65
1107 10 99	0	0	0	5,72	5,72
1107 20 00	0	0	0	6,67	6,67

VERORDNUNG (EWG) Nr. 391/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Festsetzung der Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl sowie der Einfuhrabschöpfungen für andere Erzeugnisse des Olivenölsektors

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2902/89 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 2,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1514/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl aus Algerien ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 4014/88 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1521/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl mit Ursprung in Marokko ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 4015/88 ⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1508/76 des Rates vom 24. Juni 1976 über die Einfuhren von Olivenöl aus Tunesien ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 413/86 ⁽⁸⁾, insbesondere auf Artikel 5,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1180/77 des Rates vom 17. Mai 1977 über die Einfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei in die Gemeinschaft ⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 4016/88 ⁽¹⁰⁾, insbesondere auf Artikel 10 Absatz 2,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1620/77 des Rates vom 18. Juli 1977 über die Einfuhr von Olivenöl aus dem Libanon ⁽¹¹⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

In ihrer Verordnung (EWG) Nr. 3131/78 ⁽¹²⁾, geändert durch die Akte über den Beitritt Griechenlands, hat die Kommission beschlossen, für die Festsetzung der Abschöpfungen für Olivenöl auf das Ausschreibungsverfahren zurückzugreifen.

In Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2751/78 des Rates vom 23. November 1978 über die allgemeinen Durchführungsvorschriften für die Festsetzung der Einfuhrabschöpfung bei Olivenöl durch Ausschreibung ⁽¹³⁾ wird bestimmt, daß der Mindestabschöpfungsbeitrag des jeweiligen Erzeugnisses aufgrund der Prüfung des Weltmarktes und des Gemeinschaftsmarktes sowie der von den Bietern genannten Abschöpfungsbeträge festzusetzen ist.

Bei der Erhebung der Abschöpfung sind die Vorschriften zu berücksichtigen, die in dem Abkommen zwischen der Gemeinschaft und bestimmten Drittländern aufgeführt sind. Bei der Festsetzung der Abschöpfung für diese Drittländer ist die für die Einfuhren aus den anderen Drittländern zu erhebende Abschöpfung als Berechnungsgrundlage zu benutzen.

Die Anwendung der vorgenannten Einzelheiten auf die am 12. und 13. Februar 1990 von den Bietern vorgelegten Abschöpfungsbeträge führt dazu, die Mindestabschöpfungen gemäß Anhang I zu dieser Verordnung festzusetzen.

Die bei der Einfuhr von Oliven der KN-Code 0709 90 39 und 0711 20 90 sowie von Erzeugnissen der KN-Code 1522 00 31, 1522 00 39 und 2306 90 19 zu erhebende Abschöpfung muß ausgehend von der Mindestabschöpfung berechnet werden, die auf die in diesen Erzeugnissen enthaltene Ölmenge anwendbar ist. Die Abschöpfung für Olivenöl darf jedoch nicht geringer sein als ein Betrag, der 8 % des Wertes des eingeführten Erzeugnisses entspricht, wobei dieser Betrag pauschal festgesetzt wird. Die Anwendung dieser Bestimmungen führt dazu, die Abschöpfungen gemäß Anhang II dieser Verordnung festzusetzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :—

Artikel 1

Die Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl werden in Anhang I festgesetzt.

Artikel 2

Die auf die Einfuhr der anderen Erzeugnisse des Olivenölsektors anwendbaren Abschöpfungen werden in Anhang II festgesetzt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 280 vom 29. 9. 1989, S. 2.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 24.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 358 vom 27. 12. 1988, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 43.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 358 vom 27. 12. 1988, S. 2.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 169 vom 28. 6. 1976, S. 9.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 48 vom 26. 2. 1986, S. 1.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 358 vom 27. 12. 1988, S. 3.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 181 vom 21. 7. 1977, S. 4.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1978, S. 60.

⁽¹³⁾ ABl. Nr. L 331 vom 28. 11. 1978, S. 6.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

ANHANG I

Mindestabschöpfungen bei der Einfuhr von Olivenöl

(ECU/100 kg)

KN-Code	Drittländer
1509 10 10	77,00 ⁽¹⁾
1509 10 90	77,00 ⁽¹⁾
1509 90 00	89,00 ⁽²⁾
1510 00 10	77,00 ⁽¹⁾
1510 00 90	122,00 ⁽³⁾

⁽¹⁾ Für die Einfuhr von vollständig in einem der nachstehend genannten Länder gewonnenem und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbrachtem Öl dieses KN-Code wird die Abschöpfung vermindert um :

- a) für den Libanon : 0,60 ECU/100 kg ;
- b) für Tunesien : 12,69 ECU/100 kg, sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf ;
- c) für die Türkei : 22,36 ECU/100 kg, sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf ;
- d) für Algerien und Marokko : 24,78 ECU/100 kg, sofern der Marktbeteiligte den Nachweis erbringt, daß er die von diesem Land festgesetzte Ausfuhrabgabe erstattet hat, wobei diese Erstattung den Betrag der tatsächlich eingeführten Abgabe nicht überschreiten darf.

⁽²⁾ Für die Einfuhr von Öl dieses KN-Code,

- a) vollständig in Algerien, Marokko und in Tunesien gewonnen und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 3,86 ECU/100 kg vermindert ;
- b) vollständig in der Türkei gewonnen und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 3,09 ECU/100 kg vermindert.

⁽³⁾ Für die Einfuhr von Öl dieses KN-Code,

- a) vollständig in Algerien, in Marokko und in Tunesien gewonnen und unmittelbar aus diesen Ländern in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 7,25 ECU/100 kg vermindert ;
- b) vollständig in der Türkei gewonnen und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft verbracht, wird die Abschöpfung um 5,80 ECU/100 kg vermindert.

ANHANG II

Abschöpfungen bei der Einfuhr der anderen Erzeugnisse des Olivenölsektors

(ECU/100 kg)

KN-Code	Drittländer
0709 90 39	16,94
0711 20 90	16,94
1522 00 31	38,50
1522 00 39	61,60
2306 90 19	6,16

VERORDNUNG (EWG) Nr. 392/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Festsetzung der Beihilfe für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 des Rates vom 18. Mai 1982 über besondere Maßnahmen für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1104/88⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 6 Buchstabe a),

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3540/85 der Kommission vom 5. Dezember 1985 mit Durchführungsbestimmungen für die besonderen Maßnahmen für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3870/88⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 26a Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 wird für in der Gemeinschaft geerntete und zur Futtermittelherstellung verwendete Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen eine Beihilfe gewährt, wenn der Weltmarktpreis für Sojaschrot unter dem Auslöschungspreis liegt. Diese Beihilfe entspricht einem Teil der Differenz zwischen diesen Preisen. Dieser Teil der Differenz ist durch Artikel 3a der Verordnung (EWG) Nr. 2036/82 des Rates⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2904/89⁽⁶⁾, festgelegt worden.

Nach Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 wird für in der Gemeinschaft geerntete Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen eine Beihilfe gewährt, wenn der Weltmarktpreis der Erzeugnisse unter dem Zielpreis liegt. Die Beihilfe ist gleich dem Unterschied zwischen diesen beiden Preisen.

Der Schwellenpreis für die Auslösung der Beihilfe für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen für das Wirtschaftsjahr 1989/90 wurde mit der Verordnung (EWG) Nr. 1246/89 des Rates⁽⁷⁾ festgesetzt. Nach Artikel 2a der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 wird der Schwellenpreis für die Auslösung der Beihilferegulierung für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen ab dem Beginn des dritten Monats des Wirtschaftsjahres monatlich erhöht. Die monatlichen Zuschläge zum Auslösungsschwellenpreis wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1247/89 des Rates⁽⁸⁾ festgesetzt.

Da für das Wirtschaftsjahr 1990/91 der Schwellen- und Zielpreis für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen noch nicht festgesetzt sind, konnte der Beihilfebetrug für den Fall der Vorausfestsetzung für dieses Wirtschaftsjahr für Erbsen, Puffbohnen und Süßlupinen nur vorläufig anhand der im Wirtschaftsjahr 1989/90 geltenden Preise berechnet werden. Dieser Beihilfebetrug darf daher nur vorläufig angewandt werden und ist zu bestätigen oder zu ändern, sobald die Preise und flankierenden Maßnahmen, insbesondere welche die Anwendung der Regelung garantierten Höchstmengen betreffen, für das Wirtschaftsjahr 1990/91 bekannt sind —

Gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 muß der Weltmarktpreis für Sojabohnen unter Zugrundelegung der günstigsten tatsächlichen Ankaufsmöglichkeiten unter Ausschluß derjenigen Angebote und Notierungen ermittelt werden, die nicht als repräsentativ für die tatsächliche Markttendenz angesehen werden können. Es müssen alle Angebote auf dem Weltmarkt sowie die Notierungen an den für den internationalen Handel wichtigen Börsenplätzen berücksichtigt werden. Dieser Preis wird gemäß den in Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2036/82 vorgesehenen Bedingungen angepaßt, um den Notierungen für die konkurrierenden Erzeugnisse im Fall von Puffbohnen und Ackerbohnen, die zur tierischen Ernährung bestimmt sind, Rechnung zu tragen.

Gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2049/82 der Kommission⁽⁹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1238/87⁽¹⁰⁾, ist der Preis je 100 kg für Sojaschrot in loser Schüttung der in Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1464/86 des Rates⁽¹¹⁾, festgelegten Standardqualität bei Lieferung nach Rotterdam festzusetzen. Bei den Angeboten und Notierungen, die den vorgenannten Bedingungen nicht entsprechen, müssen die erforderlichen Anpassungen, insbesondere diejenigen, die in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2049/82 vorgesehen sind, vorgenommen werden.

Um ein normales Funktionieren der Beihilferegulierung zu ermöglichen, sollte im Rahmen der Beihilfeberechnung

— für Währungen, die untereinander innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungsfaktor gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽¹²⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽¹³⁾,

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 162 vom 12. 6. 1982, S. 28.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 110 vom 29. 4. 1988, S. 16.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 342 vom 19. 12. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 345 vom 14. 12. 1988, S. 21.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 219 vom 28. 7. 1982, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 280 vom 29. 9. 1989, S. 4.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 129 vom 11. 5. 1989, S. 7.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 129 vom 11. 5. 1989, S. 9.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 219 vom 28. 7. 1982, S. 36.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 117 vom 5. 5. 1987, S. 9.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 133 vom 21. 5. 1986, S. 21.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽¹³⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Kassa-Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und der während eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedankenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeffizienten festgestellt wird,

zugrunde gelegt werden.

In Anwendung von Artikel 121 Absatz 2 und Artikel 307 Absatz 2 der Beitrittsakte ist der Beihilfebetrags für in diesen Mitgliedstaaten geerntete und verarbeitete Erzeugnisse anzupassen, um der Auswirkung der Einfuhrzölle für Produkte aus Drittländern Rechnung zu tragen. Die Beihilfe für in Spanien geerntete Süßlupinen muß um die Auswirkung des Unterschieds zwischen dem in Spanien geltenden Auslösungsschwellenpreis und dem gemeinsamen Preis gesenkt werden.

Der Weltmarktpreis für Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen und der in Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 bezeichnete Beihilfebetrags wurden durch die Verordnung (EWG) Nr. 1938/89 der Kommission⁽¹⁾ festgesetzt. Nach Artikel 2a der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 wird der Zielpreis monatlich mit Beginn des dritten Monats des Wirtschaftsjahres erhöht.

Gemäß Artikel 26a der Verordnung (EWG) Nr. 3540/85 wird auf die Bruttobeihilfe in Ecu, die sich aus Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 ergibt, der Differenzbetrag gemäß Artikel 12a der Verordnung (EWG) Nr.

2036/82 angewandt. Danach wird die endgültige Beihilfe mit Hilfe des landwirtschaftlichen Umrechnungskurses des Mitgliedstaats, in dem die Erzeugnisse geerntet werden, in die Währung des Mitgliedstaats umgerechnet.

Die Kürzung der Beihilfe, die sich gegebenenfalls aus der Anwendung der Regelung der garantierten Höchstmengen für das Wirtschaftsjahr 1989/90 ergibt, ist durch die Verordnung (EWG) Nr. 2656/89 der Kommission⁽²⁾ festgelegt worden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Beihilfen gemäß Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 sind in den Anhängen festgesetzt.

(2) Der im Falle der Festsetzung im voraus für das Wirtschaftsjahr 1990/91 anzuwendende Beihilfebetrags für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen wird jedoch mit Wirkung vom 16. Februar 1990 bestätigt oder geändert werden, um den für das Wirtschaftsjahr 1990/91 festgesetzten Preisen und flankierenden Maßnahmen, insbesondere welche die Anwendung der Regelung der garantierten Höchstmengen betreffen, Rechnung zu tragen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 187 vom 1. 7. 1989, S. 68.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 255 vom 1. 9. 1989, S. 71.

ANHANG I

Bruttobeihilfe

Als Nahrungsmittel und für gleichgestellte Zwecke zu verwendende Erzeugnisse :

(ECU/100 kg)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7 (!)	6. Term. 8 (!)
Erbsen, verwendet in :							
— Spanien	6,580	6,738	6,896	6,896	6,896	5,632	5,632
— Portugal	6,612	6,770	6,928	6,928	6,928	5,664	5,664
— einem anderen Mitgliedstaat	6,848	7,006	7,164	7,164	7,164	5,900	5,900
Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen, verwendet in :							
— Spanien	6,848	7,006	7,164	7,164	7,164	5,900	5,900
— Portugal	6,612	6,770	6,928	6,928	6,928	5,664	5,664
— einem anderen Mitgliedstaat	6,848	7,006	7,164	7,164	7,164	5,900	5,900

Zur Verfütterung bestimmte Erzeugnisse :

(ECU/100 kg)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7 (!)	6. Term. 8 (!)
A. Erbsen, verwendet in :							
— Spanien	11,576	11,691	11,848	12,020	12,020	10,760	10,760
— Portugal	11,643	11,758	11,915	12,086	12,086	10,826	10,826
— einem anderen Mitgliedstaat	11,643	11,758	11,915	12,086	12,086	10,826	10,826
B. Puffbohnen und Ackerbohnen, verwendet in :							
— Spanien	11,576	11,691	11,848	12,020	12,020	10,760	10,760
— Portugal	11,643	11,758	11,915	12,086	12,086	10,826	10,826
— einem anderen Mitgliedstaat	11,643	11,758	11,915	12,086	12,086	10,826	10,826
C. Süßlupinen, geerntet in Spanien und verwendet in :							
— Spanien	13,752	13,695	13,695	13,924	13,924	13,924	13,924
— Portugal	13,842	13,785	13,785	14,012	14,012	14,012	14,012
— einem anderen Mitgliedstaat	13,842	13,785	13,785	14,012	14,012	14,012	14,012
D. Süßlupinen, in einem anderen Mitgliedstaat geerntet und verwendet in :							
— Spanien	13,742	13,685	13,685	13,914	13,914	13,914	13,914
— Portugal	13,832	13,775	13,775	14,002	14,002	14,002	14,002
— einem anderen Mitgliedstaat	13,832	13,775	13,775	14,002	14,002	14,002	14,002

ANHANG VIII

Den Beträgen in Anhang VII hinzuzufügende Berichtigungsbeträge VII

(Landeswährung/100 kg)

Verwendung der Erzeugnisse :	BLWU	DK	D	GR	ES	F	IRL	I	NL	PT	UK
Erzeugnisse, geerntet in :											
— Belgien/Luxemburg (bfrs/lfrs)	0,00	0,00	0,00	24,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	35,85
— Dänemark (dkr)	0,00	0,00	0,00	4,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,63
— Deutschland (DM)	0,00	0,00	0,00	1,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,75
— Griechenland (Dr)	0,00	0,00	0,00	105,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	154,32
— Spanien (Pta)	0,00	0,00	0,00	77,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	114,50
— Frankreich (ffrs)	0,00	0,00	0,00	3,89	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,72
— Irland (Ir £)	0,000	0,000	0,000	0,433	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,636
— Italien (Lit)	0	0	0	863	0	0	0	0	0	0	1 269
— Niederlande (hfl)	0,00	0,00	0,00	1,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,96
— Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	100,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	148,32
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	0,000	0,000	0,000	0,401	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,589

ANHANG IX

Anzuwendender Umrechnungskurs

	BLWU	DK	D	GR	ES	F	IRL	I	NL	PT	UK
In Landeswährung, 1 ECU =	42,1679	7,79845	2,04446	189,893	131,874	6,85684	0,763159	1 529,70	2,30358	178,906	0,723610

(¹) Im Fall der Vorausfestsetzung für das Wirtschaftsjahr 1990/91, vorbehaltlich der für das genannte Wirtschaftsjahr festzusetzenden Preise, flankierenden Maßnahmen und der Anwendung der Regelung der garantierten Höchstmengen.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 393/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Änderung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr von bestimmten
Milcherzeugnissen in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden
WarenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Milch und Milcherzeugnisse ⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 763/89 ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 17 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Verordnung (EWG) Nr. 270/90 der Kommission ⁽³⁾
hat die ab 1. Februar 1990 geltenden Erstattungssätze bei
der Ausfuhr von bestimmten Milcherzeugnissen in Form
von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren
festgesetzt.Die Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d)
zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr.
3035/80 der Kommission ⁽⁴⁾ führt für bestimmte, PG 3
gleichgestellte, in Pulverform verwendete Milcherzeug-nisse zu Erstattungen, deren Höhe den Zielen gemäß
Artikel 4 Absatz 2 der genannten Verordnung nicht
entspricht; für diese Erzeugnisse muß ein spezifischer
Erstattungssatz in der Weise festgesetzt werden, daß die
hiernach berechneten Erstattungen mit denen für gleich-
artige, in flüssiger Form verwendete Milcherzeugnisse
übereinstimmen. —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Der Erstattungssatz für bestimmte Milcherzeugnisse, die
in Form von Waren ausgeführt werden, die im Anhang
der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 aufgeführt sind, wird
entsprechend dem dieser Verordnung beigefügten
Anhang abgeändert.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Martin BANGEMANN

Vizepräsident⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.⁽²⁾ ABl. Nr. L 84 vom 29. 3. 1989, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 30 vom 1. 2. 1990, S. 42.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 323 vom 29. 11. 1980, S. 27.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Änderung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr von bestimmten Milcherzeugnissen in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren

<i>(ECU/100 kg)</i>		
KN-Code	Warenbezeichnung	Erstattungssätze
ex 0402 10 19	Milch, in Pulverform, im Sprühverfahren hergestellt, mit einem Fettgehalt von weniger als 1,5 Gewichtshundertteilen und einem Wassergehalt von weniger als 5 Gewichtshundertteilen (PG 2):	
	a) bei Ausfuhr von Waren des KN-Code 3501 b) bei Ausfuhr anderer Waren	— 50,00
ex 0402 21 19	Milch, in Pulverform, im Sprühverfahren hergestellt, mit einem Fettgehalt von 26 Gewichtshundertteilen und einem Wassergehalt von weniger als 5 Gewichtshundertteilen (PG 3):	
	a) bei der Ausfuhr von Waren der KN-Code 0403 10 59, 0403 90 79, 1806 20 90, 1806 90 90, 1901 90 90 und 2106 90 99 mit einem Milchfettgehalt von 40 GHT oder mehr b) bei der Ausfuhr anderer Waren	49,12 95,00
ex 0405 00 10	Butter, mit einem Fettgehalt von 82 Gewichtshundertteilen (PG 6):	
	a) bei der Ausfuhr von Waren, verbilligte Butter enthaltend, die nach Maßgabe der Verordnungen (EWG) Nr. 442/84, (EWG) Nr. 2409/86 der Kommission ⁽¹⁾ , (EWG) Nr. 570/88, (EWG) Nr. 262/79 der Kommission ⁽²⁾ und (EWG) Nr. 1932/81 der Kommission ⁽³⁾ hergestellt worden sind	—
	b) bei der Ausfuhr von Waren des KN-Code 2106 90 99 mit einem Milchfettgehalt von 40 GHT oder mehr c) bei der Ausfuhr anderer Waren	163,00 155,00

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 208 vom 31. 7. 1986, S. 29.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 41 vom 16. 2. 1979, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 191 vom 14. 7. 1981, S. 6.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 394/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Milch und Milcherzeugnisse⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 763/89⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 17 Absatz 5,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68
kann der Unterschied zwischen den Preisen der in Artikel
1 der genannten Verordnung aufgeführten Erzeugnisse im
internationalen Handel und den Preisen dieser Erzeug-
nisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der
Ausfuhr ausgeglichen werden.

Nach der Verordnung (EWG) Nr. 876/68 des Rates vom
28. Juni 1968 über die Grundregeln für die Gewährung
von Erstattungen bei der Ausfuhr von Milch und Milcher-
zeugnissen und die Kriterien für die Festsetzung der
Erstattung⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1344/86⁽⁴⁾, müssen die Erstattungen für die in
Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannten
Erzeugnisse, die in unverändertem Zustand ausgeführt
werden, unter Berücksichtigung folgender Faktoren fest-
gesetzt werden :

- der Lage und voraussichtlichen Entwicklung der
Preise für Milch und Milcherzeugnisse und der verfü-
baren Mengen auf dem Markt der Gemeinschaft sowie
der Preise für Milch und Milcherzeugnisse im interna-
tionalen Handel,
- der Vermarktungskosten und der günstigsten Kosten
für den Transport von Märkten der Gemeinschaft zu
den Ausfuhrhäfen oder sonstigen Ausfuhrorten der
Gemeinschaft sowie der Heranführungskosten zum
Bestimmungsland,
- der Ziele der gemeinsamen Marktorganisation für
Milch und Milcherzeugnisse, die diesen Märkten eine
ausgeglichenen Lage und eine natürliche Entwicklung
bei den Preisen und dem Handel gewährleisten sollen,
- der Erfordernisse, Störungen auf dem Markt der
Gemeinschaft zu verhindern,
- des wirtschaftlichen Aspekts der beabsichtigten
Ausfuhren.

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.
876/68 werden die Preise in der Gemeinschaft unter
Berücksichtigung der im Hinblick auf die Ausfuhr
günstigsten tatsächlichen Preise ermittelt. Die Ermittlung
der Preise im internationalen Handel erfolgt insbesondere
unter Berücksichtigung

- a) der tatsächlichen Preise auf den Märkten der dritten
Länder,
- b) der günstigsten Einfuhrpreise in den dritten Bestim-
mungsländern bei der Einfuhr aus dritten Ländern,
- c) der in den ausführenden dritten Ländern festgestellten
Erzeugerpreise, gegebenenfalls unter Berücksichtigung
der Subventionen, die von diesen Ländern gewährt
werden,
- d) der Angebotspreise frei Grenze der Gemeinschaft.

Gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 876/68
können die Lage im internationalen Handel oder die
besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte es
notwendig machen, die Erstattung für die in Artikel 1 der
Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannten Erzeugnisse je
nach der Bestimmung oder dem Bestimmungsgebiet in
unterschiedlicher Höhe festzusetzen.

Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 876/68
sieht vor, daß die Liste der Erzeugnisse, für welche eine
Erstattung bei der Ausfuhr gewährt wird, und der Betrag
dieser Erstattung mindestens alle vier Wochen neu festge-
setzt werden. Der Erstattungsbetrag kann jedoch während
eines vier Wochen überschreitenden Zeitraums unverän-
dert beibehalten werden.

Gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1098/68 der
Kommission vom 27. Juli 1968 über die Durchführungs-
vorschriften für die Ausfuhrerstattungen bei Milch und
Milcherzeugnissen⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 222/88⁽⁶⁾, entspricht die Erstattung, die
für zugesetzte Saccharose enthaltende Milcherzeugnisse
gewährt wird, der Summe aus zwei Teilbeträgen, von
denen der eine der Milcherzeugnismenge und der andere
der zugesetzten Saccharose Rechnung trägt. Der letzte
Teilbetrag wird jedoch nur berücksichtigt, wenn die zuge-
setzte Saccharose aus in der Gemeinschaft geernteten
Zuckerrüben oder aus in der Gemeinschaft geerntetem
Zuckerrohr hergestellt worden ist.

Für die Erzeugnisse der KN-Code ex 0402 99 11,
ex 0402 99 19, ex 0404 90 51, ex 0404 90 53,
ex 0404 90 91 und ex 0404 90 93 mit einem Fettgehalt
von 9,5 Gewichtshundertteilen oder weniger und einem
Fettgehalt von 15 Gewichtshundertteilen oder mehr in
fettfreiem Trockenstoff wird der genannte erste Teilbetrag
für 100 kg Gesamterzeugnis festgesetzt. Für die anderen

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 84 vom 29. 3. 1989, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 155 vom 3. 7. 1968, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 119 vom 8. 5. 1986, S. 36.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 184 vom 29. 7. 1968, S. 10.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 28 vom 1. 2. 1988, S. 1.

zugesetzte Saccharose enthaltenden Erzeugnisse der KN-Code 0402 und 0404 wird dieser Teilbetrag errechnet, indem der Grundbetrag mit dem Milcherzeugnisgehalt des betreffenden Erzeugnisses multipliziert wird. Dieser Grundbetrag entspricht der Erstattung, die für ein Kilogramm Milcherzeugnisse, die in dem Erzeugnis enthalten sind, festgesetzt wird.

Der zweite Teilbetrag wird errechnet, indem der Grundbetrag der Erstattung, der am Tag der Ausfuhr für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1069/89⁽²⁾, genannten Erzeugnisse gilt, mit dem Saccharosegehalt des Erzeugnisses multipliziert wird.

Um ein normales Funktionieren der Erstattungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Erstattung zugrunde zu legen:

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁴⁾,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Kassa-Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und der während eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedankenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeffizienten festgestellt wird.

Die Erstattung für Käse wird für zum unmittelbaren Verbrauch bestimmte Erzeugnisse berechnet. Käserinden und Käseabfälle sind keine Erzeugnisse, die dieser Verwendung entsprechen. Um etwaige Auslegungsschwierigkeiten zu vermeiden, ist zu präzisieren, daß für Käse mit einem Frei-Grenze-Wert von weniger als 140 ECU/100 kg keine Erstattung gewährt wird.

Die Verordnung (EWG) Nr. 896/84 der Kommission⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 222/88, sieht ergänzende Bestimmungen für die Gewähr-

ung der Erstattungen beim Wechsel des Wirtschaftsjahres vor. Diese Bestimmungen betreffen die mögliche unterschiedliche Festsetzung der Erstattungen nach Maßgabe des Herstellungsdatums der Erzeugnisse.

Zur Berechnung der Erstattung für die Schmelzkäsesorten ist vorzusehen, daß, wenn Kasein und/oder Kaseinat zugefügt sind, die betreffende Menge unberücksichtigt bleibt.

Die Anwendung dieser Modalitäten auf die derzeitige Lage der Märkte für Milch und Milcherzeugnisse und insbesondere auf die Preise dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft und im internationalen Handel führt dazu, die Erstattung für die Erzeugnisse auf die im Anhang dieser Verordnung genannten Beträge festzusetzen.

Gemäß Artikel 275 der Beitrittsakte können Erstattungen bei der Ausfuhr nach Portugal gewährt werden. Aufgrund der Prüfung der Lage und des Preisniveaus ist die Festsetzung von Erstattungen bei der Ausfuhr nach Portugal nicht in Betracht zu ziehen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Die in Artikel 17 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannten Ausfuhrerstattungen für Erzeugnisse in unverändertem Zustand werden auf die im Anhang I wiedergegebenen Beträge festgesetzt.
- (2) Für die Ausfuhren nach der Zone E wird für die Erzeugnisse der KN-Code 0401, 0402, 0403, 0404, 0405 und 2309 keine Erstattung festgesetzt.
- (3) Für die Ausfuhren nach Portugal, einschließlich Azoren und Madeira, wird für die in Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 804/68 genannten Milch und Milcherzeugnisse keine Erstattung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 114 vom 27. 4. 1989, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 91 vom 1. 4. 1984, S. 71.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Milch und Milcherzeugnisse

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0401 10 10 000		4,55
0401 10 90 000		4,55
0401 20 11 100		4,55
0401 20 11 500		7,63
0401 20 19 100		4,55
0401 20 19 500		7,63
0401 20 91 100		10,51
0401 20 91 500		12,44
0401 20 99 100		10,51
0401 20 99 500		12,44
0401 30 11 100		16,29
0401 30 11 400		25,72
0401 30 11 700		39,20
0401 30 19 100		16,29
0401 30 19 400		25,72
0401 30 19 700		39,20
0401 30 31 100		46,90
0401 30 31 400		73,85
0401 30 31 700		81,55
0401 30 39 100		46,90
0401 30 39 400		73,85
0401 30 39 700		81,55
0401 30 91 100		93,10
0401 30 91 400		137,37
0401 30 91 700		160,47
0401 30 99 100		93,10
0401 30 99 400		137,37
0401 30 99 700		160,47
0402 10 11 000		50,00
0402 10 19 000		50,00
0402 10 91 000		0,5000
0402 10 99 000		0,5000
0402 21 11 200		50,00
0402 21 11 300		82,38
0402 21 11 500		87,56
0402 21 11 900		95,00
0402 21 17 000		50,00
0402 21 19 300		82,38
0402 21 19 500		87,56
0402 21 19 900		95,00
0402 21 91 100		95,79
0402 21 91 200		96,54
0402 21 91 300		97,91
0402 21 91 400		105,86
0402 21 91 500		108,57
0402 21 91 600		118,92
0402 21 91 700		125,16
0402 21 91 900		132,07
0402 21 99 100		95,79

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0402 21 99 200		96,54
0402 21 99 300		97,91
0402 21 99 400		105,86
0402 21 99 500		108,57
0402 21 99 600		118,92
0402 21 99 700		125,16
0402 21 99 900		132,07
0402 29 15 200		0,5000
0402 29 15 300		0,8238
0402 29 15 500		0,8756
0402 29 15 900		0,9500
0402 29 19 200		0,5000
0402 29 19 300		0,8238
0402 29 19 500		0,8756
0402 29 19 900		0,9500
0402 29 91 100		0,9579
0402 29 91 500		1,0586
0402 29 99 100		0,9579
0402 29 99 500		1,0586
0402 91 11 110		4,55
0402 91 11 120		10,51
0402 91 11 310		17,83
0402 91 11 350		22,30
0402 91 11 370		27,65
0402 91 19 110		4,55
0402 91 19 120		10,51
0402 91 19 310		17,83
0402 91 19 350		22,30
0402 91 19 370		27,65
0402 91 31 100		21,87
0402 91 31 300		32,67
0402 91 39 100		21,87
0402 91 39 300		32,67
0402 91 51 000		25,72
0402 91 59 000		25,72
0402 91 91 000		93,10
0402 91 99 000		93,10
0402 99 11 110		0,0455
0402 99 11 130		0,1051
0402 99 11 150		0,1796
0402 99 11 310		20,57
0402 99 11 330		25,13
0402 99 11 350		34,08
0402 99 19 110		0,0455
0402 99 19 130		0,1051
0402 99 19 150		0,1796
0402 99 19 310		20,57
0402 99 19 330		25,13
0402 99 19 350		34,08
0402 99 31 110		0,2380
0402 99 31 150		35,55
0402 99 31 300		0,4690
0402 99 31 500		0,8155
0402 99 39 110		0,2380
0402 99 39 150		35,55
0402 99 39 300		0,4690

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (?)	Betrag der Erstattung
0402 99 39 500		0,8155
0402 99 91 000		0,9310
0402 99 99 000		0,9310
0403 10 11 100		4,55
0403 10 11 300		7,63
0403 10 13 000		10,51
0403 10 19 000		16,29
0403 10 31 100		0,0455
0403 10 31 300		0,0763
0403 10 33 000		0,1051
0403 10 39 000		0,1629
0403 90 11 000		50,00
0403 90 13 000		50,00
0403 90 19 000		95,79
0403 90 31 000		0,5000
0403 90 33 000		0,5000
0403 90 39 000		0,9579
0403 90 51 100		4,55
0403 90 51 300		7,63
0403 90 53 000		10,51
0403 90 59 110		16,29
0403 90 59 140		25,72
0403 90 59 170		39,20
0403 90 59 310		46,90
0403 90 59 340		73,85
0403 90 59 370		81,55
0403 90 59 510		93,01
0403 90 59 540		137,37
0403 90 59 570		160,47
0403 90 61 100		0,0455
0403 90 61 300		0,0763
0403 90 63 000		0,1051
0403 90 69 000		0,1629
0404 90 11 100		50,00
0404 90 11 910		4,55
0404 90 11 950		17,83
0404 90 13 120		50,00
0404 90 13 130		82,38
0404 90 13 140		87,56
0404 90 13 150		95,00
0404 90 13 911		4,55
0404 90 13 913		10,51
0404 90 13 915		16,29
0404 90 13 917		25,72
0404 90 13 919		39,20
0404 90 13 931		17,83
0404 90 13 933		22,30
0404 90 13 935		27,65
0404 90 13 937		32,67
0404 90 13 939		34,19
0404 90 19 110		95,79
0404 90 19 115		96,54
0404 90 19 120		97,91
0404 90 19 130		105,86
0404 90 19 135		108,57

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0404 90 19 150		118,92
0404 90 19 160		125,16
0404 90 19 180		132,07
0404 90 19 900		—
0404 90 31 100		50,00
0404 90 31 910		4,55
0404 90 31 950		17,83
0404 90 33 120		50,00
0404 90 33 130		82,38
0404 90 33 140		87,56
0404 90 33 150		95,00
0404 90 33 911		4,55
0404 90 33 913		10,51
0404 90 33 915		16,29
0404 90 33 917		25,72
0404 90 33 919		39,20
0404 90 33 931		17,83
0404 90 33 933		22,30
0404 90 33 935		27,65
0404 90 33 937		32,67
0404 90 33 939		34,19
0404 90 39 110		95,79
0404 90 39 115		96,54
0404 90 39 120		97,91
0404 90 39 130		105,86
0404 90 39 150		108,57
0404 90 39 900		—
0404 90 51 100		0,5000
0404 90 51 910		0,0455
0404 90 51 950		20,57
0404 90 53 110		0,5000
0404 90 53 130		0,8238
0404 90 53 150		0,8756
0404 90 53 170		0,9500
0404 90 53 911		0,0455
0404 90 53 913		0,1051
0404 90 53 915		0,1629
0404 90 53 917		0,2572
0404 90 53 919		0,3920
0404 90 53 931		20,57
0404 90 53 933		25,13
0404 90 53 935		34,08
0404 90 53 937		35,55
0404 90 53 939		—
0404 90 59 130		0,9579
0404 90 59 150		1,0586
0404 90 59 930		0,5652
0404 90 59 950		0,8155
0404 90 59 990		0,9310
0404 90 91 100		0,5000
0404 90 91 910		0,0455
0404 90 91 950		20,57
0404 90 93 110		0,5000
0404 90 93 130		0,8238
0404 90 93 150		0,8756

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (°)	Betrag der Erstattung
0404 90 93 170		0,9500
0404 90 93 911		0,0455
0404 90 93 913		0,1051
0404 90 93 915		0,1629
0404 90 93 917		0,2572
0404 90 93 919		0,3920
0404 90 93 931		20,57
0404 90 93 933		25,13
0404 90 93 935		34,08
0404 90 93 937		35,55
0404 90 93 939		—
0404 90 99 130		0,9579
0404 90 99 150		1,0586
0404 90 99 930		0,5652
0404 90 99 950		0,8155
0404 90 99 990		0,9310
0405 00 10 100		—
0405 00 10 200		117,20
0405 00 10 300		147,44
0405 00 10 500		151,22
0405 00 10 700		155,00
0405 00 90 100		155,00
0405 00 90 900		196,00
0406 10 10 000		—
0406 10 90 000		—
0406 20 90 100		—
0406 20 90 913	028	—
	032	—
	400	87,74
	404	—
	...	84,94
0406 20 90 915	028	—
	032	—
	400	116,99
	404	—
	...	113,25
0406 20 90 917	028	—
	032	—
	400	124,30
	404	—
	...	120,33
0406 20 90 919	028	—
	032	—
	400	138,92
	404	—
	...	134,49
0406 20 90 990		—
0406 30 10 100		—
0406 30 10 150	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	20,03
	404	—
	...	22,83

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 30 10 200	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	43,52
	404	—
	...	48,68
0406 30 10 250	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	43,52
	404	—
	...	48,68
0406 30 10 300	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	63,88
	404	—
	...	71,42
0406 30 10 350	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	43,52
	404	—
	...	48,68
0406 30 10 400	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	63,88
	404	—
	...	71,42
0406 30 10 450	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	93,03
	404	—
	...	103,95
0406 30 10 500		—
0406 30 10 550	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	43,52
	404	20,00
...	48,68	

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 30 10 600	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	63,88
	404	28,00
	...	71,42
0406 30 10 650	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	93,03
	404	—
	...	103,95
0406 30 10 700	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	93,03
	404	—
	...	103,95
0406 30 10 750	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	113,54
	404	—
	...	126,87
0406 30 10 800	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	113,54
	404	—
	...	126,87
0406 30 10 900		—
0406 30 31 100		—
0406 30 31 300	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	20,03
	404	—
	...	22,83
0406 30 31 500	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	43,52
	404	—
	...	48,68

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 30 31 710	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	43,52
	404	—
	...	48,68
0406 30 31 730	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	63,88
	404	—
	...	71,42
0406 30 31 910	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	43,52
	404	—
	...	48,68
0406 30 31 930	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	63,88
	404	—
	...	71,42
0406 30 31 950	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	93,03
	404	—
	...	103,95
0406 30 39 100		—
0406 30 39 300	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	43,52
	404	20,00
	...	48,68
0406 30 39 500	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	63,88
	404	28,00
	...	71,42

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 30 39 700	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	93,03
	404	—
	...	103,95
0406 30 39 930	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	93,03
	404	—
	...	103,95
0406 30 39 950	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	113,54
	404	—
	...	126,87
0406 30 90 000	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	113,54
	404	—
	...	126,87
0406 40 00 100		—
0406 40 00 900	028	—
	032	—
	038	—
	400	120,00
	404	—
	...	126,51
0406 90 13 000	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	113,00
	404	—
	...	159,34
0406 90 15 100	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	113,00
	404	—
0406 90 15 900	...	159,34
		—

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (°)	Betrag der Erstattung
0406 90 17 100	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	113,00
	404	—
	...	159,34
0406 90 17 900		—
0406 90 21 100		—
0406 90 21 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	130,00
	404	—
	732	139,68
	...	151,68
0406 90 23 100		—
0406 90 23 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	65,00
	404	—
	732	123,35
	...	135,35
0406 90 25 100		—
0406 90 25 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	65,00
	404	—
	732	123,35
	...	135,35
0406 90 27 100		—
0406 90 27 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	56,14
	404	—
	...	114,71
	0406 90 31 111	
0406 90 31 119	028	—
	032	—
	036	—
	038	15,00
	400	62,48
	404	16,00
	...	89,96

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 90 31 151	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	58,40
	404	14,96
	...	83,83
0406 90 31 159		—
0406 90 31 900		—
0406 90 33 111		—
0406 90 33 119	028	—
	032	—
	036	—
	038	15,00
	400	62,48
	404	16,00
	...	89,96
0406 90 33 151	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	58,40
	404	14,96
	...	83,83
0406 90 33 159		—
0406 90 33 911		—
0406 90 33 919	028	—
	032	—
	036	—
	038	15,00
	400	62,48
	404	16,00
	...	89,96
0406 90 33 951	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	58,40
	404	14,96
	...	83,83
0406 90 33 959		—
0406 90 35 110		—
0406 90 35 190	028	—
	032	—
	036	42,66
	400	160,00
	404	90,00
	...	158,54

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 90 35 910		—
0406 90 35 990	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	130,00
	404	—
	...	130,00
0406 90 61 000	028	—
	032	—
	036	90,00
	400	190,00
	404	140,00
	...	185,00
0406 90 63 100	028	—
	032	—
	036	105,03
	400	220,00
	404	160,00
	...	212,12
0406 90 63 900	028	—
	032	—
	036	70,00
	400	150,00
	404	80,00
	...	165,00
0406 90 69 100		—
0406 90 69 910	028	—
	032	—
	036	70,00
	400	150,00
	404	80,00
	...	165,00
0406 90 69 990		—
0406 90 71 100		—
0406 90 71 930	028	13,50
	032	13,50
	036	—
	038	—
	400	87,23
	404	—
	...	89,49

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 90 71 950	028	20,00
	032	20,00
	036	—
	038	—
	400	96,18
	404	—
	...	98,13
0406 90 71 970	028	24,00
	032	24,00
	036	—
	038	—
	400	109,31
	404	—
	...	110,79
0406 90 71 991	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	130,00
	404	—
	...	130,00
0406 90 71 995	028	27,50
	032	27,50
	036	—
	038	—
	400	65,00
	404	—
	...	135,35
0406 90 71 999		—
0406 90 73 100		—
0406 90 73 900	028	—
	032	—
	036	42,66
	400	160,00
	404	120,00
	...	151,00
	0406 90 75 100	
0406 90 75 900	028	—
	032	—
	036	—
	400	65,00
	404	—
	...	125,96
	0406 90 77 100	028
032		24,00
036		—
038		—
400		58,77
404		—
...		110,79

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 90 77 300	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	65,00
	404	—
	732	123,35
	...	135,35
0406 90 77 500	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	75,00
	404	—
	732	123,35
	...	135,35
0406 90 79 100		—
0406 90 79 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	56,14
	404	—
	...	114,71
0406 90 81 100		—
0406 90 81 900	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	130,00
	404	—
	...	130,00
0406 90 83 100		—
0406 90 83 910		—
0406 90 83 950	028	—
	032	—
	400	39,03
	404	—
	...	47,97
0406 90 83 990	028	—
	032	—
	400	39,03
	404	—
	...	47,97
0406 90 85 100		—
0406 90 85 910	028	—
	032	—
	036	42,67
	400	160,00
	404	90,00
	...	158,54

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
0406 90 85 991	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	130,00
	404	—
	...	130,00
0406 90 85 995	028	27,50
	032	27,50
	036	—
	038	—
	400	65,00
	404	—
	732	123,35
...	135,35	
0406 90 85 999		—
0406 90 89 100	028	13,50
	032	13,50
	036	—
	038	—
	400	87,23
	404	—
	...	89,49
0406 90 89 200	028	20,00
	032	20,00
	036	—
	038	—
	400	96,18
	404	—
	...	98,13
0406 90 89 300	028	24,00
	032	24,00
	036	—
	038	—
	400	109,31
	404	—
	...	110,79
0406 90 89 910		—
0406 90 89 951	028	—
	032	—
	036	42,66
	400	160,00
	404	90,00
	...	151,00
0406 90 89 959	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	130,00
	404	—
	...	130,00

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung(*)	Betrag der Erstattung
0406 90 89 971	028	27,50
	032	27,50
	036	—
	038	—
	400	74,00
	404	—
	732	123,35
	...	135,35
0406 90 89 972	028	—
	032	—
	400	39,03
	404	—
	...	47,97
0406 90 89 979	028	27,50
	032	27,50
	036	—
	038	—
	400	74,00
	404	—
	732	123,35
	...	135,35
0406 90 89 990		—
0406 90 91 100		—
0406 90 91 300	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	21,46
	404	—
	...	21,06
0406 90 91 510	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	37,62
	404	—
	...	35,97
0406 90 91 550	028	—
	032	—
	036	—
	038	—
	400	45,81
	404	—
	...	43,62
0406 90 91 900		—
0406 90 93 000		—
0406 90 97 000		—
0406 90 99 000		—
2309 10 15 010		—
2309 10 15 100		—
2309 10 15 200		15,00
2309 10 15 300		20,00
2309 10 15 400		25,00
2309 10 15 500		30,00
2309 10 15 700		35,00

(ECU/100 kg Eigengewicht, wenn nicht anders angegeben)

Erzeugniscode	Bestimmung (*)	Betrag der Erstattung
2309 10 15 900		—
2309 10 19 010		—
2309 10 19 100		—
2309 10 19 200		15,00
2309 10 19 300		20,00
2309 10 19 400		25,00
2309 10 19 500		30,00
2309 10 19 600		35,00
2309 10 19 700		37,50
2309 10 19 800		40,00
2309 10 19 900		—
2309 10 70 010		—
2309 10 70 100		15,00
2309 10 70 200		20,00
2309 10 70 300		25,00
2309 10 70 500		30,00
2309 10 70 600		35,00
2309 10 70 700		40,00
2309 10 70 800		44,00
2309 10 70 900		—
2309 90 35 010		—
2309 90 35 100		—
2309 90 35 200		15,00
2309 90 35 300		20,00
2309 90 35 400		25,00
2309 90 35 500		30,00
2309 90 35 700		35,00
2309 90 35 900		—
2309 90 39 010		—
2309 90 39 100		—
2309 90 39 200		15,00
2309 90 39 300		20,00
2309 90 39 400		25,00
2309 90 39 500		30,00
2309 90 39 600		35,00
2309 90 39 700		37,50
2309 90 39 800		40,00
2309 90 39 900		—
2309 90 70 010		—
2309 90 70 100		15,00
2309 90 70 200		20,00
2309 90 70 300		25,00
2309 90 70 500		30,00
2309 90 70 600		35,00
2309 90 70 700		40,00
2309 90 70 800		44,00
2309 90 70 900		—

(*) Die Bestimmungscodenummern sind die, welche im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 3639/86 der Kommission (ABl. Nr. L 336 vom 29. 11. 1986, S. 46) stehen.

Für die anderen als die jeweils einem „Erzeugniscode“ entsprechenden Bestimmungen ist der mit „***“ gekennzeichnete Betrag der Erstattung anzuwenden.

Ist keine Bestimmung angegeben, so ist der Betrag der Erstattung bei der Ausfuhr nach allen anderen als den in Artikel 1 Absätze 2 und 3 genannten Bestimmungen anwendbar.

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Code sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1) bestimmt.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 395/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3389/73 zur Festlegung der Verfahren und Bedingungen für den Verkauf von Tabak aus den Beständen der InterventionsstellenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 727/70 des Rates
vom 21. April 1970 über die Errichtung einer gemein-
samen Marktorganisation für Rohtabak ⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 203/90 ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 7 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3389/73 der Kom-
mission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr.
3263/85 ⁽⁴⁾, wurden die Verfahren und Bedingungen für
den Verkauf von Tabak aus Beständen der Interventions-
stellen festgelegt.Gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG)
Nr. 3389/73 genannten Verfahren wird im *Amtsblatt der
Europäischen Gemeinschaften* spätestens 45 Tage vor
dem Tag der Antragstellung eine Ausschreibungsbekannt-
machung veröffentlicht.Um den Abbau der Interventionsbestände an Tabak zu
beschleunigen, sollte diese Frist von 45 Tagen nichtgelten, wenn die gleichen Partien Tabak wie in einer
vorhergehenden Ausschreibung angeboten werden.
Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3389/73 ist deshalb
zu ändern.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Rohtabak —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*In Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3389/73 wird der
nachstehende Absatz 1a eingefügt :„(1a) Die in Absatz 1 genannte Frist gilt jedoch
nicht, wenn sich die Ausschreibung auf Partien
erstreckt, die bereits Gegenstand einer früheren
Ausschreibung waren.“*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 94 vom 28. 4. 1970, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1990, S. 10.⁽³⁾ ABl. Nr. L 345 vom 15. 12. 1973, S. 47.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 311 vom 22. 11. 1985, S. 22.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 396/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

mit Abweichungen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 von der Verordnung (EWG) Nr. 1599/84 mit Durchführungsbestimmungen zur Produktionsbeihilferegelung für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse hinsichtlich des Enddatums für den Abschluß von Lieferverträgen und zur Änderung der genannten VerordnungDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates
vom 24. Februar 1986 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und
Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 1125/89 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 4a der Verordnung (EWG) Nr. 1599/84 der
Kommission ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 2321/89 ⁽⁴⁾, sieht bezüglich Tomaten vor, daß
Erzeuger und Verarbeiter spätestens am 16. Februar
Vorverträge abschließen. Unter Berücksichtigung der
besonderen Witterungsverhältnisse in einigen Produk-
tionsgebieten der Gemeinschaft ist es angezeigt, für das
Wirtschaftsjahr 1990/91 das Enddatum für den Abschluß
von Vorverträgen zwischen Erzeugern und Verarbeitern
um einen Monat zu verschieben wie auch deren Über-
mittlung an die zuständige nationale Dienststelle.
Desgleichen empfiehlt es sich auch, in der Verordnung
(EWG) Nr. 1599/84 eine Ausnahmerebestimmung für das
Wirtschaftsjahr 1988/89 zu streichen, die hinfällig
geworden ist.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-schusses für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und
Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Abweichend von Artikel 4a Absätze 1 und 2 der Verord-
nung (EWG) Nr. 1599/84 und für das Wirtschaftsjahr
1990/91 wird das Enddatum für den Abschluß von
Vorverträgen auf den 16. März 1990 festgesetzt und das
Enddatum der Übermittlung eines Exemplares des
Vorvertrags an die zuständige Dienststelle auf den 26.
März 1990.

Artikel 2

In Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1599/84 wird der
Absatz 3 und in Artikel 4a der gleichen Verordnung der
Absatz 5 gestrichen.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im
Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 49 vom 27. 2. 1986, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 118 vom 29. 4. 1989, S. 29.⁽³⁾ ABl. Nr. L 152 vom 8. 6. 1984, S. 16.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 220 vom 29. 7. 1989, S. 57.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 397/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2918/89 über den Verkauf von unverarbeiteten Sultaninen der Ernte 1988 im Besitz der griechischen Einlagerungsstellen zu im voraus festgesetztem Preis

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates
vom 24. Februar 1986 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und
Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 1125/89 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 8 Absatz 8,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1277/84 des Rates
vom 8. Mai 1984 zur Festlegung von Grundregeln zur
Produktionsbeihilferegulierung für Verarbeitungserzeugnisse
aus Obst und Gemüse ⁽³⁾, geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 2367/89 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 6
Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die griechischen Einlagerungsstellen haben gemäß der
Verordnung (EWG) Nr. 626/85 der Kommission vom 12.
März 1985 über den Ankauf, den Verkauf und die Lage-
rung von unverarbeiteten getrockneten Weintrauben und
Feigen durch die Einlagerungsstellen ⁽⁵⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 2328/88 ⁽⁶⁾, unverarbei-
tete Sultaninen der Ernte 1988 gekauft. Angesichts der
Lage des Marktes für getrocknete Weintrauben sollen die
Sultaninen, die in der Gemeinschaft für den Verbrauch
verarbeitet werden sollen, zu den im voraus festgesetzten
Preisen feilgeboten werden. Der Verkauf sollte in Über-

einstimmung mit der Verordnung (EWG) Nr. 626/85
erfolgen.

Die Verordnung (EWG) Nr. 2918/89 der Kommission ⁽⁷⁾,
setzt die Preise für unverarbeitete getrocknete Sultaninen
der Ernte 1988, die von griechischen Einlagerungsstellen
gehalten werden, fest.

Die Qualität der getrockneten Trauben (Sultaninen) der
Ernte 1988, die von den griechischen Einlagerungsstellen
aufgekauft worden sind, hat sich aufgrund der verlän-
gerten Lagerung verschlechtert. Im Zusammenhang mit
der allgemeinen Marktlage und auch dem Erfordernis, das
Vermarktungsgleichgewicht zwischen der alten und der
neuen Ernte zu bewahren, müssen die im voraus festge-
setzten Preise angepaßt werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und
Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 2918/89 wird
durch den Anhang zu dieser Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffent-
lichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 49 vom 27. 2. 1986, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 118 vom 29. 4. 1989, S. 29.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 123 vom 9. 5. 1984, S. 25.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 225 vom 3. 8. 1989, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 72 vom 13. 3. 1985, S. 7.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 202 vom 27. 7. 1988, S. 45.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 280 vom 29. 9. 1989, S. 40.

*ANHANG**„ANHANG II***In Artikel 1 genannte Güteklassen und Preise der getrockneten Weintrauben**

	<i>(in ECU/100 kg)</i>
Sultaninen Nr. 1	52,101
Sultaninen Nr. 2	51,013
Sultaninen Nr. 4	49,344
Sultaninen Nr. 5	47,167

VERORDNUNG (EWG) Nr. 398/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates vom 22. September 1966 über die Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Fette ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2902/89 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 27 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1678/85 des Rates vom 11. Juni 1985 über die in der Landwirtschaft anzuwendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 380/90 ⁽⁴⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 des Rates vom 20. Juli 1972 zur Einführung von Sondermaßnahmen für Raps- und Rübensamen sowie Sonnenblumenkerne ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2216/88 ⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG vorgesehene Beihilfe ist in der Verordnung (EWG) Nr. 339/90 der Kommission ⁽⁷⁾ festgesetzt.

Da für das Wirtschaftsjahr 1990/91 der Richtpreis für Raps- und Rübensamen und die Kürzung der Beihilfe, die sich aus der Anwendung der Regelung der garantierten Höchstmengen ergibt, noch nicht bestehen, konnte der für dieses Wirtschaftsjahr geltende Beihilfebetrug im Falle der Vorausfestsetzung nur vorläufig berechnet werden ; dieser Betrag darf daher nur vorläufig

angewendet werden und wird zu bestätigen oder zu ändern sein, sobald die Preise und flankierenden Maßnahmen insbesondere deren, die die Regelung der garantierten Höchstmengen betreffen, für das Wirtschaftsjahr 1990/91 bekannt sind.

Aus der Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 339/90 genannten Modalitäten auf die Angaben, über die die Kommission gegenwärtig verfügt, ergibt sich, daß die zur Zeit geltende Beihilfe wie in den Anhängen zu dieser Verordnung angegeben zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Höhe der Beihilfe und die Wechselkurse gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2681/83 der Kommission ⁽⁸⁾ sind in den Anhängen festgesetzt.

(2) Der Betrag der Ausgleichsbeihilfe gemäß Artikel 14 der Verordnung (EWG) Nr. 475/86 des Rates ⁽⁹⁾ für in Spanien geerntete Sonnenblumenkerne wird im Anhang III festgesetzt.

(3) Die mit der Verordnung (EWG) Nr. 1920/87 des Rates ⁽¹⁰⁾ für in Portugal geerntete und verarbeitete Sonnenblumenkerne vorgesehene Sonderbeihilfe ist in Anhang III festgesetzt.

(4) Die Höhe der Beihilfe im Falle der Vorausfestsetzung für das Wirtschaftsjahr 1990/91 bei Raps- und Rübensamen wird mit Wirkung vom 16. Februar 1990 bestätigt oder geändert, um den für das Wirtschaftsjahr 1990/91 festgesetzten Preisen und den flankierenden Maßnahmen sowie der Anwendung der Regelung der garantierten Höchstmengen Rechnung zu tragen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 280 vom 29. 9. 1989, S. 2.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 11.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 41 vom 15. 2. 1990, S. 16.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972, S. 9.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 197 vom 26. 7. 1988, S. 10.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 37 vom 9. 2. 1990, S. 14.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 266 vom 28. 9. 1983, S. 1.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 53 vom 1. 3. 1986, S. 47.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 183 vom 3. 7. 1987, S. 18.

ANHANG I

Beihilfen für Raps- und Rübensamen, andere als „Doppelnull“-Sorten

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7 ⁽¹⁾
1. Bruttobeihilfen (ECU):						
— Spanien	1,170	1,170	1,170	1,170	1,170	1,770
— Portugal	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
— Andere Mitgliedstaaten	25,404	25,482	25,469	25,813	23,047	22,000
2. Endgültige Beihilfen:						
a) Samen, geerntet und verarbeitet in:						
— Deutschland (DM)	60,25	60,44	60,41	61,26	54,79	52,51
— Niederlande (hfl)	67,01	67,22	67,18	68,09	60,79	58,25
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 226,68	1 230,45	1 229,82	1 246,43	1 112,87	1 062,31
— Frankreich (ffrs)	193,48	194,05	193,91	196,58	174,86	166,90
— Dänemark (dkr)	226,86	227,56	227,44	230,51	205,81	196,42
— Irland (Ir £)	21,534	21,598	21,582	21,879	19,462	18,576
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	16,214	16,248	16,192	16,419	14,118	13,577
— Italien (Lit)	42 489	42 613	42 577	43 168	38 322	37 840
— Griechenland (Dr)	4 532,72	4 537,79	4 502,26	4 549,51	3 937,32	4 309,08
b) Samen, geerntet in Spanien und verarbeitet:						
— in Spanien (Pta)	178,89	178,89	178,89	178,89	178,89	270,63
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 578,40	3 590,64	3 585,31	3 631,20	3 211,48	3 119,89
c) Samen, geerntet in Portugal und verarbeitet:						
— in Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	5 286,33	5 301,07	5 286,21	5 339,53	4 767,42	4 707,73

⁽¹⁾ Im Fall der Voraussetzung für das Wirtschaftsjahr 1990/91 vorbehaltlich der festzusetzenden Preise und flankierenden Maßnahmen sowie der Anwendung der Regelung der garantierten Höchstmengen.

ANHANG II

Beihilfen für Raps- und Rübensamen „Doppelnul“

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7 (1)
1. Bruttobeihilfen (ECU):						
— Spanien	3,670	3,670	3,670	3,670	3,670	4,270
— Portugal	2,500	2,500	2,500	2,500	2,500	2,500
— Andere Mitgliedstaaten	27,904	27,982	27,969	28,313	25,547	24,500
2. Endgültige Beihilfen:						
a) Samen, geerntet und verarbeitet in:						
— Deutschland (DM)	66,15	66,34	66,32	67,16	60,69	58,42
— Niederlande (hfl)	73,61	73,81	73,78	74,69	67,39	64,84
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 347,40	1 351,17	1 350,54	1 367,15	1 233,59	1 183,03
— Frankreich (ffrs)	212,72	213,30	213,16	215,82	194,10	186,14
— Dänemark (dkr)	249,18	249,88	249,76	252,84	228,14	218,75
— Irland (Ir £)	23,676	23,740	23,724	24,021	21,603	20,717
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	17,974	18,009	17,952	18,180	15,879	15,351
— Italien (Lit)	46 739	46 863	46 827	47 418	42 572	42 180
— Griechenland (Dr)	5 012,66	5 017,73	4 982,20	5 029,45	4 417,26	4 832,86
b) Samen, geerntet in Spanien und verarbeitet:						
— in Spanien (Pta)	561,13	561,13	561,13	561,13	561,13	652,87
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	3 960,64	3 972,88	3 967,55	4 013,44	3 593,72	3 502,13
c) Samen, geerntet in Portugal und verarbeitet:						
— in Portugal (Esc)	499,40	499,40	499,40	499,40	499,40	512,33
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	5 785,73	5 800,47	5 785,62	5 838,93	5 266,82	5 220,05

(1) Im Fall der Voraussetzung für das Wirtschaftsjahr 1990/91 vorbehaltlich der festzusetzenden Preise und flankierenden Maßnahmen sowie der Anwendung der Regelung der garantierten Höchstmengen.

ANHANG III

Beihilfen für Sonnenblumenkerne

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6
1. Bruttobeihilfen (ECU):					
— Spanien	6,890	6,890	6,890	6,890	6,890
— Portugal	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
— Andere Mitgliedstaaten	34,441	34,572	34,703	34,814	28,494
2. Endgültige Beihilfen:					
a) Kerne, geerntet und verarbeitet in (1):					
— Deutschland (DM)	81,61	81,92	82,23	82,54	67,76
— Niederlande (hfl)	90,85	91,20	91,54	91,83	75,16
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 663,05	1 669,38	1 675,70	1 681,06	1 375,89
— Frankreich (ffrs)	262,91	263,90	264,88	265,71	216,09
— Dänemark (dkr)	307,56	308,73	309,90	310,89	254,45
— Irland (Ir £)	29,262	29,372	29,481	29,573	24,050
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	22,475	22,548	22,604	22,630	17,374
— Italien (Lit)	57 809	58 023	58 238	58 417	47 347
— Griechenland (Dr)	6 246,44	6 261,52	6 254,79	6 247,98	4 849,19
b) Kerne, geerntet in Spanien und verarbeitet:					
— in Spanien (Pta)	1 053,45	1 053,45	1 053,45	1 053,45	1 053,45
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	4 262,55	4 282,87	4 299,03	4 309,00	3 349,98
c) Kerne, geerntet in Portugal und verarbeitet:					
— in Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— in Spanien (Esc)	7 696,48	7 722,41	7 736,79	7 741,16	6 404,74
— in einem anderen Mitgliedstaat (Esc)	7 528,26	7 553,63	7 567,69	7 571,97	6 264,76
3. Ausgleichsbeihilfen:					
— für Spanien (Pta)	4 231,02	4 251,34	4 267,49	4 278,28	3 319,27
4. Sonderbeihilfe:					
— für Portugal (Esc)	7 528,26	7 553,63	7 567,69	7 571,97	6 264,76

(1) Für die in der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung am 31. Dezember 1985 geernteten und in Spanien verarbeiteten Kerne sind die Beträge unter Ziffer 2 Buchstabe a) mit 1,0223450 zu multiplizieren.

ANHANG IV

Umrechnungskurse des Ecu, die für die Umrechnung der endgültigen Beihilfen in die Währung des Verarbeitungslandes anzuwenden sind, wenn es sich dabei nicht um das Erzeugungsland handelt

(Wert von 1 ECU)

	laufender Monat 2	1. Term. 3	2. Term. 4	3. Term. 5	4. Term. 6	5. Term. 7
DM	2,037730	2,033630	2,029140	2,025240	2,025240	2,013910
hfl	2,298250	2,294850	2,290670	2,286870	2,286870	2,275150
bfrs/lfrs	42,653500	42,640800	42,614999	42,602400	42,602400	42,542900
ffrs	6,930760	6,929750	6,930000	6,930910	6,930910	6,932150
dkr	7,873910	7,881780	7,892500	7,898130	7,898130	7,915460
Ir £	0,769273	0,769181	0,769255	0,769245	0,769245	0,771005
£ Stg	0,721482	0,723740	0,726253	0,728316	0,728316	0,734345
Lit	1 516,22	1 518,82	1 520,84	1 522,82	1 522,82	1 529,39
Dr	192,13300	193,51300	195,41200	196,97700	196,97700	203,07600
Esc	179,86600	180,56100	181,48300	182,53900	182,53900	185,70100
Pta	132,16100	132,54900	133,05400	133,45500	133,45500	134,65400

VERORDNUNG (EWG) Nr. 399/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Festsetzung der Beihilfe für Baumwolle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Griechenlands,
insbesondere auf die Absätze 3 und 10 des Protokolls Nr.
4 über Baumwolle, geändert durch die Akte über den
Beitritt Spaniens und Portugals, insbesondere auf das
Protokoll Nr. 14 in deren Anhang, und durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 4006/87⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2169/81 des Rates
vom 27. Juli 1981 zur Festlegung der allgemeinen
Vorschriften der Beihilferegulierung für Baumwolle⁽²⁾,
zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr.
791/89⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 5 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.
2169/81 genannte Beihilfe ist in der Verordnung (EWG)

Nr. 2796/89 der Kommission⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 318/90⁽⁵⁾, festgesetzt worden.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
2796/89 genannten Vorschriften und Durchführungsbe-
stimmungen auf die Unterlagen, über die die Kommis-
sion gegenwärtig verfügt, erfordert eine Änderung der zur
Zeit geltenden Höhe der Beihilfe entsprechend dem
Artikel 1 dieser Verordnung —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Höhe der in Artikel 5 der Verordnung (EWG) Nr.
2169/81 genannten Beihilfe für nicht entkörnte Baum-
wolle wird auf 50,051 ECU/100 kg festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1987, S. 48.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 211 vom 31. 7. 1981, S. 2.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 85 vom 30. 3. 1989, S. 7.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 269 vom 16. 9. 1989, S. 29.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 35 vom 7. 2. 1990, S. 17.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 400/90 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 1990

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 201/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 2 vierter Unterabsatz,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 16 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 bestimmt, daß der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen für diese Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.

Gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die Grundregeln für die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von Getreide und über die Kriterien für die Festsetzung des Erstattungsbetrags⁽³⁾ müssen die Erstattungen festgesetzt werden unter Berücksichtigung der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung der Verfügbarkeit des Getreides und seines Preises in der Gemeinschaft einerseits und der Preise für Getreide und Getreideerzeugnisse auf dem Weltmarkt andererseits. Nach dem gleichen Artikel ist außerdem auf den Getreidemärkten eine ausgeglichene Lage und eine natürliche Entwicklung hinsichtlich der Preise und der Handelsströme zu gewährleisten. Ferner sind der wirtschaftliche Aspekt der Ausfuhren und die Notwendigkeit zu berücksichtigen, Störungen auf dem Markt der Gemeinschaft zu vermeiden.

Die Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 hat in Artikel 3 die besonderen Kriterien festgesetzt, die bei der Berechnung der Erstattungen für Getreide zu berücksichtigen sind.

Für Mehle, Grobgrieß und Feingrieß aus Weizen und Roggen sind diese besonderen Kriterien in Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 definiert. Außerdem muß die auf diese Erzeugnisse anwendbare Erstattung unter Berücksichtigung der zur Herstellung der betref-

fenden Erzeugnisse notwendigen Getreidemenge berechnet werden. Diese Mengen sind in der Verordnung Nr. 162/67/EWG der Kommission⁽⁴⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1607/71⁽⁵⁾, festgesetzt worden.

Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können die Unterteilung der Erstattung für gewisse Erzeugnisse gemäß ihrer Bestimmung notwendig machen.

Die Erstattung muß mindestens einmal monatlich festgesetzt werden ; sie kann innerhalb dieses Zeitraums abgeändert werden.

Um ein normales Funktionieren der Erstattungsregelung zu erlauben, ist bei der Berechnung der Erstattungen zugrunde zu legen :

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1636/87⁽⁷⁾,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungssatz, der sich auf das arithmetische Mittel der Wechselkurse in Höhe jeder dieser Währungen stützt und während eines bestimmten Zeitraums für die Währungen der Gemeinschaft entsprechend vorhergehendem Gedankenstrich und nach Maßgabe des vorgenannten Koeffizienten festgestellt wird.

Bei Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige Lage der Getreidemärkte und insbesondere auf die Notierungen oder Preise dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt ist die Erstattung in Höhe der im Anhang genannten Beträge festzusetzen.

Gemäß Artikel 275 der Beitrittsakte können Erstattungen bei der Ausfuhr nach Portugal gewährt werden. Aufgrund der Prüfung der Lage und des Preisniveaus ist die Festsetzung von Erstattungen bei der Ausfuhr nach Portugal nicht in Betracht zu ziehen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 22 vom 27. 1. 1990, S. 7.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 78.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. 128 vom 27. 6. 1967, S. 2574/67.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 168 vom 27. 7. 1971, S. 16.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 153 vom 13. 6. 1987, S. 1.

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Es wurde keine Erstattung für die Ausfuhr nach Portugal festgesetzt.

Artikel 1

Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeugnisse im ursprünglichen Zustand sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 1990 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 1990

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. Februar 1990 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen

(ECU/Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Erstattungsbetrag
0709 90 60 000	—	—
0712 90 19 000	—	—
1001 10 10 000	—	—
1001 10 90 000	01	10,00
1001 90 91 000	—	—
1001 90 99 000	04	52,00
	05	52,00
	02	10,00
1002 00 00 000	03	60,00
	05	60,00
	02	10,00
1003 00 10 000	06	70,00
	02	0
1003 00 90 000	04	60,00
	02	10,00
1004 00 10 000	—	—
1004 00 90 000	01	0
1005 10 90 000	—	—
1005 90 00 000	03	73,00
	02	0
1007 00 90 000	—	—
1008 20 00 000	—	—
1101 00 00 110	01	87,00
1101 00 00 120	01	87,00
1101 00 00 130	01	80,00
1101 00 00 150	01	77,00
1101 00 00 170	01	75,00
1101 00 00 180	01	71,00
1101 00 00 190	—	—
1101 00 00 900	—	—
1102 10 00 100	01	87,00
1102 10 00 200	01	87,00
1102 10 00 300	01	87,00
1102 10 00 500	01	87,00
1102 10 00 900	—	—
1103 11 10 100	01	205,00
1103 11 10 200	01	194,00
1103 11 10 500	01	173,00
1103 11 10 900	01	163,00
1103 11 90 100	01	87,00
1103 11 90 900	—	—

(¹) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen :

- 01 alle Drittländer,
- 02 andere Drittländer,
- 03 die Schweiz, Österreich und Liechtenstein,
- 04 die Schweiz, Österreich, Liechtenstein, Ceuta und Melilla,
- 05 Zone II b),
- 06 Ungarn und Polen.

NB : Die Zonen sind diejenigen, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1124/77 der Kommission (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1977, S. 53), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3049/89 (ABl. Nr. L 292 vom 11. 10. 1989, S. 10), bestimmt sind.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

ENTSCHEIDUNG DES RATES

vom 12. Februar 1990

zur Genehmigung der stillschweigenden Verlängerung oder der Beibehaltung der Bestimmungen von Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsverträgen sowie ähnlichen Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern, deren Gegenstand unter die gemeinsame Handelspolitik fällt

(90/61/EWG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 113,

gestützt auf die Entscheidung 69/494/EWG des Rates vom 16. Dezember 1969 über die schrittweise Vereinheitlichung der Abkommen über die Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern und über die Aushandlung der gemeinschaftlichen Abkommen⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 3,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Für die Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsverträge sowie ähnliche Abkommen der Mitgliedstaaten ist die stillschweigende Verlängerung oder die Beibehaltung über die Übergangszeit hinaus zuletzt mit der Entscheidung 89/150/EWG⁽²⁾ genehmigt worden.

Um eine Unterbrechung ihrer vertraglichen Handelsbeziehungen mit den betreffenden dritten Ländern zu vermeiden, haben die beteiligten Mitgliedstaaten die Genehmigung zur stillschweigenden Verlängerung oder zur Beibehaltung derjenigen Bestimmungen der im Anhang genannten Freundschafts-, Handels- und Schiffsverkehrsverträge sowie ähnlichen Abkommen beantragt, deren Gegenstand in den Bereich der gemeinsamen Handelspolitik im Sinne von Artikel 113 des Vertrages fällt.

Die meisten der Bereiche, die durch die genannten Bestimmungen in einzelstaatlichen Verträgen und Abkommen geregelt waren, sind nunmehr Gegenstand gemeinschaftlicher Abkommen. Es handelt sich somit

lediglich darum, die Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen für diejenigen Bereiche, die nicht von Gemeinschaftsabkommen erfaßt sind, zu genehmigen. Diese Genehmigung berührt im übrigen nicht die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, jede Unvereinbarkeit zwischen diesen Verträgen und Abkommen und dem Gemeinschaftsrecht zu vermeiden und gegebenenfalls zu beseitigen.

Außerdem darf der Inhalt der stillschweigend zu verlängernden oder beizubehaltenden Abkommen während des betreffenden Zeitraums kein Hindernis für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik bilden.

Die betreffenden Mitgliedstaaten haben erklärt, daß die stillschweigende Verlängerung oder die Beibehaltung dieser Verträge und Abkommen der Einleitung gemeinschaftlicher Handelsverhandlungen mit den betreffenden dritten Ländern und der Übernahme der handelspolitischen Fragenbereiche der geltenden bilateralen Abkommen in Gemeinschaftsabkommen nicht entgegensteht.

Bei Abschluß der in Artikel 2 der Entscheidung 69/494/EWG vorgesehenen Konsultation wurde festgestellt, daß die Bestimmungen der betreffenden Verträge und bilateralen Abkommen während des in Frage stehenden Zeitraums kein Hindernis für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik darstellen, was auch durch die vorgenannten Erklärungen der betreffenden Mitgliedstaaten bestätigt wird.

Soweit sich die stillschweigende Verlängerung oder die Beibehaltung derjenigen Bestimmungen dieser Verträge und Abkommen, deren Gegenstand unter Artikel 113 des Vertrages fällt, während der betreffenden Zeit als Hindernis für die Durchführung der gemeinsamen Handelspolitik erweisen sollte, haben sich die betref-

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 326 vom 29. 12. 1969, S. 39.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 58 vom 1. 3. 1989, S. 63.

fenden Mitgliedstaaten jedoch bereit erklärt, diese Abkommen zu ändern oder gegebenenfalls zu kündigen.

Die betreffenden Verträge und Abkommen enthalten Kündigungsklauseln mit Kündigungsfristen zwischen drei und zwölf Monaten.

Unter diesen Umständen steht der stillschweigenden Verlängerung oder der Beibehaltung der betreffenden Bestimmungen bis zum 31. Dezember 1991 nichts entgegen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in den im Anhang aufgeführten Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträgen und ähnlichen Abkommen enthaltenen Bestimmungen, deren Gegen-

stand in den Bereich der gemeinsamen Handelspolitik im Sinne von Artikel 113 des Vertrages fällt, können für diejenigen Bereiche, die nicht durch Abkommen zwischen der Gemeinschaft und den betreffenden Drittländern gedeckt sind, bis zum 31. Dezember 1991 stillschweigend verlängert oder beibehalten werden, sofern ihr Inhalt nicht im Widerspruch zur bestehenden gemeinsamen Politik steht.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 12. Februar 1990.

Im Namen des Rates

Der Präsident

A. REYNOLDS

ANEXO — BILAG — ANHANG — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ — ANNEX — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANEXO

Estado miembro Medlemsstat Mitgliedstaat Κράτος μέλος Member State État membre Stato membro Lid-Staat Estado-membro	País tercero Tredjeland Drittland Τρίτη χώρα Third country Pays tiers Paese terzo Derde land País terceiro	Naturaleza del Acuerdo Aftalens art Art des Abkommens Φύση της συμφωνίας Type of Agreement Nature de l'accord Natura dell'accordo Aard van de overeenkomst Natureza do acordo	Fecha del Acuerdo Aftalens dato Zeitpunkt des Abkommens Ημερομηνία της συμφωνίας Date of the Agreement Date de l'accord Data dell'accordo Datum van de overeenkomst Data do acordo
(1)	(2)	(3)	(4)
BELGIQUE/BELGIË	El Salvador	Convention commerciale / Handelsovereenkomst	21. 3. 1906
	États-Unis / Verenigde Staten	Traité d'amitié, de commerce et de navigation / Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	21. 2. 1961
	Éthiopie / Ethiopië	Traité / Verdrag	6. 9. 1906
	Honduras	Traité d'amitié, de commerce et de navigation / Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	25. 3. 1909
		Déclaration complémentaire / Aanvullende verklaring	30. 8. 1909
	Liberia	Traité d'amitié, de commerce et de navigation / Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	1. 5. 1885
	Maroc / Marokko	Traité d'amitié, de commerce et de navigation / Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	4. 1. 1862
	Norvège / Noorwegen	Traité de commerce et de navigation / Handels- en scheepvaartverdrag	27. 6. 1910
République Dominicaine / Dominicaanse Republiek		Traité d'amitié, de commerce et de navigation / Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	21. 8. 1884
	Venezuela	Traité d'amitié, de commerce et de navigation / Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	1. 3. 1884
BENELUX	Paraguay	Accord de commerce et de navigation / Handels- en scheepvaartakkoord	13. 8. 1963
	Union soviétique / USSR	Traité de commerce / Handelsverdrag	14. 7. 1971
DANMARK	Bolivia	Handelstraktat	9. 11. 1931
	Brasiliën	Midlertidig aftale om mestbegunstigelsesklausul	30. 7. 1936
	Bulgariën	Ordning vedrørende den gensidige anvendelse af mestbegunstigelsesklausul (brevveksling)	27. 7. / 5. 8. 1921
	Burma	Noteveksling vedrørende mestbegunstigelsesklausul	29. 4. 1948 og 17. 4. 1950
	Chile	Handels- og søfartstraktat	4. 2. 1899
	Columbia	Handels- og søfartstraktat	21. 6. 1923
	Costa Rica	Handels- og søfartstraktat	26. 9. 1956
	Den Arabiske Republik Egypten	Midlertidig handelsaftale	7. 5. 1930
	Den Dominikanske Republik	Venskabs-, handels- og søfartstraktat	26. 7. 1852
	De Forenede Stater	Handels- og søfartstraktat	1. 10. 1951
	El Salvador	Handels- og søfartstraktat	9. 7. 1958
	Guatemala	Handels- og søfartstraktat	4. 3. 1948
	Haiti	Handelstraktat	21. 10. 1937
Iran	Venskabs-, etablerings- og handelstraktat	20. 2. 1934	

(1)	(2)	(3)	(4)
DANMARK (fortsat)	Israel	Foreløbig aftale (modus vivendi) om mestbegunstigelses-klausul i alle sager om søfart og i alt vedrørende told, osv.	14. 11. 1952
	Japan	Handels- og søfartstraktat	12. 2. 1912
	Jugoslavien	Handelsdeklaration	17./30. 3. 1909
	Liberia	Venskabs-, handels- og søfartstraktat	21. 5. 1860
	Paraguay	Handels- og søfartstraktat	3. 5. 1967
	Peru	Handels- og søfartstraktat	10. 6. 1957
	Polen	Handels- og søfartstraktat	22. 3. 1924
	Rumænien	Noteveksling om handel og søfart	28. 8. 1930
	Sovjetunionen	Handels- og søfartstraktat	17. 8. 1946
	Thailand	Venskabs-, handels- og søfartstraktat	5. 11. 1937
		Noteveksling	9. 3. 1972
	Tjekkoslaviet	Noteveksling om handel og søfart	18. 4. 1925
		Noteveksling om varebehandling	26. 8. 1929
	Tyrkiet	Etablerings-, handels- og søfartstraktat	31. 5. 1930
	Ungarn	Handels- og søfartskonvention	14. 3. 1887
	Uruguay	Handels- og søfartstraktat	4. 3. 1953
Zaire	Handelskonvention	23. 2. 1885	
Østrig	Handelsstraktat	6. 4. 1928	
DEUTSCHLAND	Arabische Republik Ägypten	Handelsabkommen (ratificiert)	21. 4. 1951
	Argentinien	Handelsvertrag	19. 9. 1857
	Chile	Handelsvertrag	2. 2. 1951
	Dominikanische Republik	Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag	23. 12. 1957
	Ecuador	Handelsvertrag	1. 8. 1953
	El Salvador	Abkommen über die Meistbegünstigung (ratificiert)	31. 10. 1952
	Indien	Handelsabkommen	19. 3. 1952 und 31. 3. 1955
	Iran	Handels-, Zoll- und Schifffahrtsvertrag	17. 2. 1929
	Island	Vorläufiger Handels- und Schifffahrtsvertrag	19. 12. 1950
	Japan	Handels- und Schifffahrtsvertrag	20. 7. 1927
	Pakistan	Handelsabkommen (ratificiert)	4. 3. 1950
	Paraguay	Abkommen über die Meistbegünstigung (ratificiert)	30. 7. 1955
	Peru	Handelsabkommen (ratificiert)	20. 7. 1951
	Saudi-Arabien	Freundschaftsvertrag, bestätigt und abgeändert durch Briefwechsel	26. 4. 1929 31. 3./10. 7. 1952
	Türkei	Handelsvertrag	27. 5. 1930
	UdSSR	Abkommen über allgemeine Fragen des Handels und der Schifffahrt (ratificiert)	25. 4. 1958
	Uruguay	Abkommen über die Meistbegünstigung (ratificiert)	18. 4. 1953
	Vereinigte Staaten	Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag	29. 10. 1954
	ΕΛΛΑΔΑ	Βουλγαρία	Συνθήκη εμπορίου
Καμερούν		Εμπορική συμφωνία	29. 10. 1962
Κύπρος		Εμπορική συμφωνία	23. 8. 1962
Αίγυπτος		Προσωρινή εμπορική συμφωνία	10. 4. 1926
Ηνωμένες Πολιτείες της Αμερικής		Συνθήκη φιλίας, εμπορίου και ναυτιλίας	3. 8. 1951
Ινδία		Συμφωνία εμπορίου	14. 2. 1958
Ιράν		Σύμβαση εγκαταστάσεως, εμπορίου και ναυτιλίας	9. 1. 1931
Ισραήλ		Σύμβαση εμπορίου και ναυτιλίας	22. 7. 1952
Ιαπωνία		Συνθήκη φιλίας, εμπορίου και ναυτιλίας	20. 5. 1899

(1)	(2)	(3)	(4)
ΕΛΛΑΔΑ (συνέχεια)	Λίβανος	Προξενική σύμβαση ναυτιλίας, εμπορικών και αστικών δικαιωμάτων	6. 10. 1948
	Λιθύη	Εμπορική συμφωνία	16. 3. 1957
	Πακιστάν	Εμπορική συμφωνία	17. 1. 1963
	Γιουγκοσλαβία	Οικονομική συνεργασία και εμπορικές συναλλαγές	1. 10. 1960
		Εμπορική συμφωνία	17. 12. 1974
		Συμφωνία εμπορίου και ναυτιλίας	2. 11. 1927
	Γκάνα	Ανταλλαγή επιστολών	13. 11. 1926
	Νιγηρία	Ανταλλαγή επιστολών	13. 11. 1926
	Σιέρα Λεόνε	Ανταλλαγή επιστολών	13. 11. 1926
	Νέα Ζηλανδία	Ανταλλαγή επιστολών	13. 11. 1926
	Τζαμάικα	Ανταλλαγή επιστολών	17. 11. 1926
	Τρινιτάντ και Τομπάγκο	Ανταλλαγή επιστολών	17. 11. 1926
	Σρι Λάνκα	Ανταλλαγή επιστολών	26. 11. 1926
ΕΕΣΣΔ	Σύμβαση εμπορίου και ναυτιλίας	11. 6. 1929	
ESPAÑA	Andorra	Canje de Notas	13. 7. 1867
	Brasil	Canje de Notas que regula el intercambio comercial	16. 5. 1962
	Costa Rica	Convenio de cooperación económica	29. 8. 1972
	Ecuador	Convenio de cooperación económica	9. 5. 1974
	Guatemala	Convenio de cooperación económica	31. 10. 1972
	Honduras	Convenio de cooperación económica	17. 10. 1972
	Hungría	Acuerdo a largo plazo sobre intercambios comerciales, navegación, transporte y desarrollo de la cooperación económica, industrial y técnica	8. 4. 1976
	México	Acuerdo de cooperación económica y comercial	14. 10. 1977
	Panamá	Protocolo de cooperación económica	15. 6. 1964
	Perú	Acuerdo comercial	23. 5. 1953
Uruguay	Tratado comercial sobre la concesión de la cláusula de nación más favorecida	24. 2. 1954	
FRANCE	Albanie	Traité de commerce et de navigation	14. 12. 1963
	Canada	Convention d'établissement et de navigation	12. 5. 1933
	Colombie	Convention relative à l'établissement des nationaux, au commerce et à la navigation	30. 5. 1892
	Costa Rica	Traité de commerce	30. 4. 1953
	Cuba	Convention commerciale et protocole	6. 11. 1929
	Équateur	Accord commercial	20. 3. 1959
	El Salvador	Traité de commerce	23. 3. 1953
	États-Unis	Convention de navigation et de commerce modifiée par accord	17. 7. 1919
	Hongrie	Convention commerciale	13. 10. 1925
	Iran	Convention d'établissement et de navigation	24. 6. 1964
	Liberia	Traité de commerce et de navigation	17. 4. 1852
	Libye	Convention de coopération économique	10. 8. 1955
	Paraguay	Accord commercial	11. 9. 1956
	Pologne	Traité de commerce et de navigation	22. 5. 1937
	République Dominicaine	Accord commercial (1)	20. 12. 1954
	Roumanie	Convention de commerce et de navigation	27. 8. 1930
	Tchécoslovaquie	Convention commerciale	2. 7. 1928
	Turquie	Convention de commerce et de navigation	29. 8. 1929
	Uruguay	Convention de commerce et de navigation	4. 6. 1892
		Protocole additionnel	30. 12. 1953
Venezuela	Accord de commerce et de navigation	26. 7. 1950	
Yougoslavie	Convention de commerce et de navigation	30. 1. 1929	

(1) Reconduction autorisée sous réserve d'une déclaration du gouvernement français concernant les articles 11 et 12 relatifs à l'obligation d'achat de tabac.

(1)	(2)	(3)	(4)	
IRELAND	Arab Republic of Egypt	Exchange of notes in regard to commercial relations Exchange of notes prolonging the provisional Commercial Agreement of 25/28. 7. 1930	25/28. 7. 1930 27. 2. 1951	
	Brazil	Exchange of notes in regard to commercial relations	16. 10. 1931	
	Costa Rica	Exchange of notes in regard to commercial relations	2. 8. 1933 and 2. 4. 1934	
	Guatemala	Exchange of notes in regard to commercial relations	8. 2. and 10. 4. 1930	
	United States	Treaty of friendship, commerce and navigation	21. 10. 1950	
	Vietnam	Exchange of notes in regard to commercial relations	1. 12. 1964	
ITALIA	Africa del Sud	Estensione del trattato con il Regno Unito alle province di: Natal Transval. Orange Nota verbale	10. 3. 1884 28. 5. 1906 13. 7. 1907 1. 5. 1948	
	Argentina	Convenzione commerciale Protocollo Protocollo addizionale Convenzione sui pagamenti	1. 6. 1894 31. 1. 1895 4. 3. 1937 4. 3. 1937	
	Bulgaria	Protocollo sostitutivo del trattato di commercio e di navigazione (!)	19. 12. 1950	
	Cile	Trattato di commercio e di navigazione	12. 7. 1898	
	Cuba	Trattato d'amicizia, di commercio e di navigazione Protocollo addizionale	29. 12. 1903	
	Ecuador	Trattato d'amicizia, di commercio e di navigazione Convenzione addizionale	12. 8. 1900 26. 2. 1911	
	Haiti	Convenzione di commercio e di navigazione e scambi di note	14. 6. 1954	
	Iran	Trattato di commercio, di stabilimento e di navigazione Scambio di note	26. 1. 1955 9. 2. 1955	
	Iugoslavia	Convenzione di commercio e di navigazione	31. 3. 1955	
	Libano	Trattato d'amicizia, di commercio e di navigazione	15. 2. 1949	
	Liberia	Trattato d'amicizia, di commercio e di navigazione Dichiarazione comune	23. 10. 1862 24. 11. 1951	
	Nicaragua	Trattato d'amicizia, di commercio e di navigazione	25. 1. 1906	
	Nuova Zelanda	Scambio di note	24. 11. 1967	
	Panama	Trattato d'amicizia, di commercio e di navigazione, protocollo e scambio di note	7. 10. 1965	
	Perù	Trattato di commercio e di navigazione e dichiarazione	23. 12. 1874	
	Polonia	Trattato di commercio	12. 5. 1922	
	Romania	Protocollo doganale (!)	25. 11. 1950	
	Stati Uniti	Trattato d'amicizia, di commercio e di navigazione Accordo supplementare al trattato	2. 2. 1948 26. 9. 1951	
	Svizzera	Trattato di commercio Protocolli	27. 1. 1923 28. 11. 1925 e 30. 12. 1933	
	Turchia	Trattato di commercio e di navigazione e scambio di note	29. 12. 1936	
	Ungheria	Trattato di commercio e di navigazione Protocollo doganale (!)	4. 7. 1928 28. 3. 1950	
	URSS	Trattato di commercio e di navigazione	11. 12. 1948	
	Uruguay	Trattato di commercio	26. 2. 1947	
	Venezuela	Trattato d'amicizia, di navigazione e di commercio Modus vivendi	19. 6. 1861 29. 6. 1939	
	Yemen	Trattato d'amicizia e di relazioni economiche	4. 9. 1937	
	LUXEMBOURG	États-Unis	Traité d'amitié, d'établissement et de navigation	23. 2. 1962

(!) Protocollo richiamato e riesaminato in occasione dell'accordo commerciale quadro fra i due paesi.

(1)	(2)	(3)	(4)
NEDERLAND	Afghanistan	Vriendschaps- en handelsverdrag	26. 7. 1939
	Arabische Republiek	Voorlopige handelsovereenkomst	17. 3. 1930
	Egypte		
	Bolivia	Handelsverdrag	30. 5. 1929
	Brazilië	Voorlopig handelsakkoord	15. 3. 1937
	Bulgarije	Notawisseling	1/9. 3. 1922
	Canada	Handelsovereenkomst	11. 7. 1924
	Colombia	Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	1. 5. 1829
	Costa Rica	Handels- en scheepvaartovereenkomst	3. 6. 1957
	El Salvador	Handelsverdrag en briefwisseling	13. 3. 1956
	Ethiopië	Overeenkomst nopens de meestbegunstigingsclausule	30. 9. 1926
	Guatemala	Handelsverdrag	12. 5. 1926
	Haiti	Handelsverdrag en notawisseling	7. 9. 1926
	Hongarije	Handelsovereenkomst	9. 12. 1924
	Iran	Voorlopig handelsverdrag en briefwisseling	20. 6. 1928
	Japan	Handels- en scheepvaartverdrag	6. 7. 1912
	Jemen	Vriendschapsverdrag	12. 4. 1939
	Joegoslavië	Handels- en scheepvaartverdrag	28. 5. 1930
	Liberia	Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	20. 12. 1862
	Marokko	Handels- en scheepvaartverdrag	18. 5. 1858
	Maskate	Handelsverdrag	27. 8. 1877
	Mexico	Handelsverdrag	27. 1. 1950
	Polen	Handels- en scheepvaartverdrag	30. 5. 1924
	Roemenië	Handelsschikking	29. 8. 1930
	Tsjechoslowakije	Overeenkomst	20. 1. 1923
	Turkije	Notawisseling	21. 11. 1929
	Uruguay	Handels- en scheepvaartverdrag	29. 1. 1934
		Protocol	12. 6. 1953
	Venezuela	Verdrag betreffende de diplomatieke betrekkingen	11. 5. 1920
	Verenigde Staten	Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	27. 3. 1956
	Zaire	Overeenkomst met de internationale Vereniging van de Kongo	27. 12. 1884
	Zuid-Afrika	Voorlopig akkoord nopens de handelsbetrekkingen en de scheepvaart	20. 2. 1935
PORTUGAL	Bulgária	Acordo de comércio a longo prazo	11. 2. 1975
	Checoslováquia	Acordo de comércio a longo prazo	1. 3. 1975
	Cuba	Acordo de comércio a longo prazo	13. 9. 1976
	União das Repúblicas Socialistas Soviéticas	Acordo de comércio	19. 12. 1974
UEBL/BLEU	Afriקה du Sud / Zuid-Afrika	Accord commercial provisoire / Voorlopig handelsakkoord	13. 7. 1937
	Albanie / Albanië	Échange de lettres / Briefwisseling	19. 2. 1929
	Argentine / Argentinië	Accord provisoire / Voorlopig akkoord	16. 1. 1934
	Bolivië / Bolivia	Traité d'amitié et de commerce / Vriendschaps- en handelsverdrag	18. 4. 1912
		Avenant au traité / Aanvullend protocol	10. 12. 1963
	Brésil / Brazilië	Accord commercial provisoire / Voorlopig handelsakkoord	14. 1. 1932
	Bulgarije / Bulgarije	Échange de lettres / Briefwisseling	8. 2. 1926
	Canada	Convention de commerce / Handelsovereenkomst	3. 7. 1924
	Chili	Accord commercial provisoire / Voorlopig handelsakkoord	27. 8. 1936
	Colombie / Colombia	Échange de lettres portant application à l'UEBL du traité conclu entre les Pays-Bas et la Colombie le 1 ^{er} mai 1829 / Briefwisseling van toepassing in de BLEU voor het Verdrag afgesloten tussen Nederland en Colombia van 1 mei 1829	19 et/en 22. 8. 1936

(1)	(2)	(3)	(4)
UEBL/BLEU (suite/vervolg)	Équateur / Ecuador	Traité d'amitié, de commerce et de navigation / Vriendschaps-, handels- en scheepvaartverdrag	5. 3. 1887
		Avenant au traité / Aanvullend protocol	19. 10. 1937
	Guatemala	Traité de commerce et de navigation / Handels- en scheepvaartverdrag	7. 11. 1924
	Haiti	Accord commercial provisoire / Voorlopig handelsakkoord	9. 7. 1936
	Hongrie / Hongarije	Échange de lettres / Briefwisseling	30. 9. 1924
	Iran	Convention de commerce et de navigation / Handels- en scheepvaartovereenkomst	9. 5. 1929
	Nouvelle-Zélande / Nieuw-Zeeland	Accord commercial provisoire par échange de lettres / Voorlopig handelsakkoord bij briefwisseling	5. 12. 1933
	Pologne / Polen	Traité de commerce / Handelsverdrag	30. 12. 1922
	Roumanie / Roemenië	Accord commercial provisoire / Voorlopig handelsakkoord	28. 8. 1930
	Suisse / Zwitserland	Traité de commerce / Handelsverdrag	26. 8. 1929
	Tchécoslovaquie / Tsjechoslowakije	Traité de commerce / Handelsverdrag	28. 12. 1925
	Union soviétique / USSR	Convention commerciale provisoire / Voorlopige handels-overeenkomst	5. 9. 1935
	Uruguay	Accord commercial provisoire / Voorlopig handelsakkoord	22. 2. 1937
	Viêt-nam / Viëtnam	Échange de lettres portant sur le traitement de la nation la plus favorisée dans le domaine tarifaire / Briefwisseling betreffende de toepassing van de meestbegunstigingsclausule op tarifair gebied	16 et/en 20. 1. 1956
	Yémen / Jemen	Convention commerciale / Handelsovereenkomst	7. 12. 1936
	Yougoslavie / Joegoslavië	Traité de commerce et de navigation / Handels- en scheepvaartverdrag	16. 12. 1926
UNITED KINGDOM	Afghanistan	Treaty of friendship and commerce	22. 11. 1921
		Trade convention	5. 6. 1923
		Exchange of notes	6. 5. 1930
	Argentina	Treaty of amity, commerce and navigation	2. 2. 1825
	Bolivia	Treaty of commerce	1. 8. 1911
	Burma	Treaty regarding the recognition of Burmese independence, and related matters, with exchange of notes	17. 10. 1947
		Exchange of notes regulating commercial relations pending the conclusion of a new Treaty of commerce and navigation	24. 12. 1949
	Colombia	Treaty of friendship, commerce and navigation	16. 2. 1866
		Protocol applying the Treaty of certain parts of the Dominions	20. 8. 1912
		Exchange of notes	30. 12. 1938
	Costa Rica	Treaty of friendship, commerce and navigation	27. 11. 1849
		Protocol respecting the application of the Treaty to certain parts of the Dominions	18. 8. 1913
	Czechoslovakia	Treaty of commerce with declaration	14. 7. 1923
	Hungary	Treaty of commerce and navigation	23. 7. 1926
	Iran	Treaty of peace and commerce	4. 3. 1857
		Commercial convention	9. 2. 1903
		Agreement modifying the commercial convention	21. 3. 1920
	Japan	Treaty of commerce, establishment and navigation, with Protocols and exchanges of notes	14. 11. 1962
		Exchange of notes on voluntary export control	14. 11. 1962
	Liberia	Treaty of friendship and commerce	21. 11. 1848
		Agreement modifying the Treaty of 21. 11. 1848	23. 7. 1908
	Morocco	General treaty	9. 12. 1856
Convention of commerce and navigation		9. 12. 1856	
Exchange of notes, concerning the convention of 9. 12. 1856		1. 3. 1957	

(1)	(2)	(3)	(4)
UNITED KINGDOM (cont'd)	Muscat and Oman	Treaty of friendship, commerce and navigation with exchange of letters	20. 12. 1951
	Nepal	Treaty of peace and friendship	30. 10. 1950
	Nicaragua	Treaty of friendship, commerce and navigation	28. 7. 1905
	Peru	Treaty of friendship, commerce and navigation	10. 4. 1850
		Agreement relating to commerce and navigation (with Protocols and exchanges of notes)	6. 10. 1936
		Exchange of notes regarding the continuance in force of Articles 4 and 5 of the Commercial Agreement of 6. 10. 1936	28. 1. 1950
	Poland	Treaty of commerce and navigation	26. 11. 1923
	Romania	Treaty of commerce and navigation with Protocols and exchange of notes	6. 8. 1930
	Soviet Union	Temporary Commercial Agreement	16. 2. 1934
	Switzerland	Treaty of friendship, commerce and reciprocal establishment	6. 9. 1855
		Convention applying the Treaty of 1855 to the Dominions	30. 3. 1914
		Exchange of notes applying to Liechtenstein Commercial Agreements in force	26. 4. 1924
	Turkey	Treaty of commerce and navigation	1. 3. 1930
		Exchange of notes relating to certain commercial matters	28. 2. 1957
	United States	Convention of commerce	3. 7. 1815
		Convention	20. 10. 1818
		Convention of commerce	6. 8. 1827
	Venezuela	Treaty of amity, commerce and navigation	18. 4. 1825
		Convention	29. 10. 1834
		Exchange of notes	3. 2. 1903
	Yugoslavia	Treaty of commerce and navigation with exchanges of notes	12. 5. 1927
		Agreement on trade and payments	27. 11. 1936

BESCHLUSS DES RATES

vom 12. Februar 1990

zur Garantieleistung der Gemeinschaft bei der Europäischen Investitionsbank für Verluste im Rahmen von Darlehen für Vorhaben in Ungarn und Polen

(90/62/EWG)

**DER RAT DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 235,

auf Vorschlag der Kommission ⁽¹⁾,nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments ⁽²⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Völker Ungarns und Polens (im folgenden „die beiden Länder“ genannt) haben enge historische Bindungen zu den Völkern der Gemeinschaft. Diese Bindungen wurden durch die kürzlich geschlossenen Handels- und Kooperationsabkommen verstärkt. Die beiden Länder führen zur Zeit größere politische und soziale Reformen durch.

Die beiden Länder haben eine grundlegende Wirtschaftsreform eingeleitet.

Diese Wirtschaftsreformen werden in beträchtlichem Maße zur nachhaltigen Förderung gegenseitig nutzbringender Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern und der Gemeinschaft beitragen. Die intensiveren Beziehungen werden daher in der gesamten Gemeinschaft eine harmonische Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit fördern.

Die beiden Länder haben einen großen Bedarf an Anlageinvestitionen. Für diese Anlageinvestitionen wird Fremdkapital benötigt. Die Gemeinschaft und zwölf

weitere Länder haben eine Zusammenarbeit vereinbart, um den beiden Ländern Hilfe zu leisten. Die Europäische Investitionsbank (nachstehend „Bank“ genannt) könnte einen bedeutenden Beitrag hierzu leisten.

Der Rat hat die Bank aufgefordert, Darlehen mit der in diesem Beschluß geregelten Garantie für Anlageinvestitionsvorhaben in den beiden Ländern zu vergeben; die Bank hat dem zugestimmt.

Die Bank und die Kommission vereinbaren die Bedingungen für die Gewährung dieser Garantie —

BESCHLIESST :*Einziges Artikel*

Die Gemeinschaft leistet der Europäischen Investitionsbank volle Garantie für etwaige Zahlungsausfälle im Zusammenhang mit allen Darlehen an Ungarn und Polen.

Zu diesem Zweck legen die Bank und die Kommission die Bedingungen für die Gewährung der Garantie fest.

Geschehen zu Brüssel am 12. Februar 1990.

*Im Namen des Rates**Der Präsident*

A. REYNOLDS

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 283 vom 9. 11. 1989, S. 10.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 15 vom 22. 1. 1990.